

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Kinder und Frauen-Beilage

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 17. Oktober 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Oegerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Ergebnisse des Mannheimer Parteitag. — Die neuesten Leistungen des bürgerlichen internationalen Arbeiterschutzes. Von Gustav Hoch. — Der Wahlrechtskampf in Österreich. Von Adelheid Popp. — Kongress für Kinderforschung und Jugendfürsorge. Von n. dt. — Die sozialdemokratische und sozialistische Jugendbewegung in Schweden. Von Kata Dalström. — Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland. Von Klara Zetkin. (Fortf.) Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Die Beteiligung der Genossinnen am Parteitag. — Lea Heiden-Deutschmann † — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. Notizen: Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrs. — Diensthofenfrage. — Frauenstimmrecht. Feuilleton: Ein Mann, den Gott lieb hat. Von Ludwig Anzen-gruber. — Phantasia. Von Arno Holz. (Gedicht.)

Die Ergebnisse des Mannheimer Parteitag.

Ein Rückblick auf die Arbeiten des letzten sozialdemokratischen Parteitag wird im allgemeinen ein Gefühl der Befriedigung auslösen. Wohl kann man an mancher Einzelheit mäkeln, diese und jene Ausföhrung zu wichtigen frichtigen Fragen schärfer umrissen und tiefer erfaßt wünschen. Nimmt man jedoch die Verhandlungen und die Stimmung, von der sie getragen waren, als Ganzes zusammen, so erweist sich, daß der Parteitag, von stolzem Klassenbewußtem Leben des Proletariats befeelt, ein reiches Maß trefflicher, fruchtverheißender Arbeit geleistet hat. Wir gedenken dieses Lebens an erster Stelle, weil es die Kraft ist, welche der positiven Arbeit ihre geschichtliche Bedeutung, ihren praktischen Wert für den proletarischen Emanzipationskampf verleiht. Stark und gesund hat es in den Mannheimer Verhandlungen pulsiert, wenn es auch — infolge von mancherlei Umständen erklärlich genug — nicht so elementar und temperamentvoll zum Ausdruck gekommen ist, wie in Jena.

Die Hauptleistung des Parteitag ist unstrittig die Klärung des Verhältnisses zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, die in Verbindung mit der Behandlung der Frage des politischen Massenstreiks erfolgte. Ihre Grundlage bildet die Anerkennung, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gleich nötig und unentbehrlich für den proletarischen Klassenkampf sind und daß beide sich in ihrer Gegenwartsarbeit zur allseitigen Hebung der proletarischen Klassenlage ergänzen und fördern müssen. Das über den Rahmen der bürgerlichen Ordnung hinausreichende Endziel der Sozialdemokratie — der Sturz dieser Ordnung und die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft — ist auch das Ziel, das der klassenbewußte Gewerkschafter erstrebt. Es ist daher selbstverständlich, daß er, von klarer Erkenntnis der inneren Zusammenhänge zwischen Zukunftsziel und Gegenwartsarbeit geleitet, mit dem gleichen Eifer für das sozialistische Ideal wie für die Tagesaufgaben der Gewerkschaftsbewegung wirkt. Die besonderen Funktionen, welche Sozialdemokratie und Gewerkschaften im proletarischen Klassenkampf zu erfüllen haben, bedingen wohl für beide Bewegungsfreiheit, aber diese Bewegungsfreiheit darf nicht zu Gegensätzlichkeit und Entfremdung werden. Die proletarischen Interessen, die Sozialdemokratie und Gewerkschaften im Kampfe gegen die ausbeutenden Klassen und ihren Staat zu wahren haben, stellen beiden eine große Reihe gemeinsamer Aufgaben, die am besten erfüllt werden können durch das einheitliche Vorgehen auf Grund einer Verständigung zwischen den Zentralleitungen beider Organisationen. Anerkennung der Voraussetzung für die erforderliche Einheitlichkeit des Denkens und Handelns ist die Durchdringung der Gewerkschaftsbewegung mit dem sozialdemokratischen Geiste. Jedem Parteigenossen erwächst die Pflicht, sein Teil dazu beizutragen, diese Voraussetzung schaffen und sichern zu helfen.

Das sind, kurz zusammengefaßt, die Richtlinien für das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, welche der Parteitag festgelegt hat. Schärfer noch als in der angenommenen Resolution wurden sie in den Debatten gezogen. Und das vor allem dank dem Amendement Kautsky. Dieses begnügte sich nicht damit, die oben wiedergegebene Voraussetzung für die Einheitlich-

keit der Aktion beider proletarischer Kampforganisationen zu formulieren. Es sprach vielmehr noch aus, daß die Sozialdemokratie die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes darstellt, und daß keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden kann, wenn sie nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist. Als praktische Konsequenz dieser grundsätzlichen Auffassung forderte es, daß jeder Parteigenosse sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse des Parteitag gebunden fühlen müsse. Es faßte damit den Kern des aufgerollten Problems.

So lebhaft auch der zweite Teil des Amendements umstritten wurde: kein Redner hat die grundsätzliche Auffassung angefochten, die es vertrat, und Bömelburg, der ersten und besten Gewerkschaftsführer einer, stellte sich im wesentlichen auf den gleichen Boden wie Kautsky, indem er erklärte, daß die Beschlüsse der Partei „selbstverständlich für jeden einzelnen Parteigenossen maßgebend sind“. Was gegen die beanstandeten Sätze geltend gemacht wurde, war ihre „Selbstverständlichkeit“, waren im Hinblick auf die vereinsgesetzliche Praxis der Behörden Zweckmäßigkeitsrücksichten. Ausschlaggebender als all das mag jedoch wohl der Wunsch gewesen sein, auch den Schein zu vermeiden, als wolle man eine Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Partei, statt der Festigung des Bewußtseins innerer Zusammengehörigkeit beider und ihres planmäßigen Zusammenarbeitens. Wie die Dinge lagen, wäre die Entscheidung in Wirklichkeit nicht über die Hauptfrage der grundsätzlichen Auffassung gefallen, sondern über das Nebenmoment der Zweckmäßigkeit ihrer Proklamierung. In der Folge zog Kautsky den zweiten Teil des Amendements zurück, den ersten Teil gliederte der Parteitag der Resolution Bebel-Regien an, die mit 386 gegen 5 Stimmen zum Beschluß erhoben wurde.

Was die verschiedene Stellungnahme von Gewerkschaften und Sozialdemokratie zur Frage des politischen Massenstreiks anbelangt, so ist sie durch die in die Resolution eingefügte „Feststellung“ beseitigt worden, daß der einschlägige Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht zu dem Beschluß des Jenaer Parteitag. Es liegt auf der Hand, daß diese „Feststellung“ nicht auf ihre Logik geprüft werden darf, sondern als Versicherung der inneren Solidarität gelten muß, die Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie angeht, aller großen Probleme und Aufgaben verbindlich, welche aus dem Kampfe der Klassen für das Proletariat hervorzurufen. Unseres Erachtens können sich Gewerkschaften und Sozialdemokratie der erfolgreichen Klärung freuen. Gewiß, daß auch sie nicht für alle Zukunft die Reibungen verhindern, welche in den verschiedenen Aufgaben der beiden Organisationen begründet sind. Aber sie hat mit aller Deutlichkeit auf das Mittel hingewiesen, das ihre Überwindung sichert: es ist der wachsende Einfluß der sozialdemokratischen Erkenntnis. In dieser Beziehung erwarten wir das meiste von dem starken anspornenden Nachhall, den die Mannheimer Diskussionen in den Massen der gewerkschaftlich und politisch organisierten finden werden, so hoch auch immer wir die gefaßten Beschlüsse über das harmonische Hand in Hand arbeiten der beiden Organisationen werten, insbesondere aber die beschlossene Verständigung ihrer Zentralleitungen.

Die Behandlung der Frage des politischen Massenstreiks stand im Zeichen des Bibelwortes: „Ihr sollt nicht sorgen für den andern Morgen, ein jeglicher Tag wird für das Seine sorgen; es ist genug, daß ein jeglicher Tag seine eigene Mühe und Plage habe.“ Sie erfüllte ihren hauptsächlichsten Augenblickszweck: scharf hervorzuheben, daß der politische Massenstreik nicht der alleinigmachende geschichtliche Homunkulus ist, der jederzeit in der Retorte eines Beschlusses der proletarischen Kampforganisationen fabriziert werden kann. Es geschah dies, ohne daß der Parteitag von einem Hauch jener Entrüstung gekräuselt wurde, die kurz vorher gewaltig in dem Tintensaf einiger revisionistischer „Revolutionsromantiker“ gestürmt hatte, die kaum vor Jahresfrist sogar die bloße Diskussion des politischen Massenstreiks versemnt wissen wollten, nun aber die heftigsten

Vorwürfe gegen die Parteileitung erhoben, daß sie in dem preussischen und sächsischen Wahlrechtskampf hinter die „großen Worte“ nicht die „große Tat“ des Massenstreiks gesetzt. Daß mit den Mannheimer Verhandlungen die Frage des politischen Massenstreiks gründlich und endgültig erörtert sei, wird niemand behaupten, der tiefer in die Natur dieses proletarischen Kampfmittels eingedrungen ist. Um nur eins herauszugreifen: Dieselben Wesenseigentümlichkeiten, die sich dem Massenstreik auf Kommando widersehen, schließen unseres Erachtens ebenso aus, daß er von vornherein ein und für allemal lediglich als Verteidigungswaffe zum Schutze des Wahlrechts ins Auge gefaßt werden kann. Bestimmte geschichtliche Situationen können eintreten, die ihn zur Abwehr anderer Attentate als eines Wahlrechtsraubs herausfordern, die ihn als Angriffswaffe im Kampf für Rechte und Reformen heischen. Wie die Dinge augenblicklich gelagert sind, verzeichnen wir mit Benugung den wichtigen Schritt zum theoretischen Verständnis des Massenstreiks, den der Mannheimer Parteitag getan hat. Andere werden folgen. Wie viele Jahre hat es nicht gedauert, welche leidenschaftlicher Auseinandersetzungen hat es nicht bedurft, bis sich die Sozialdemokratie zur prinzipiellen Erkenntnis von dem Wert und den Schranken des Parlamentarismus durchgerungen hat.

Die Materie der „Volkserziehung“ ist auf dem Parteitag angechnitten, aber nicht erledigt worden. Immerhin liegt als praktisch wertvolles Ergebnis bereits der Beschluß vor, einen siebenmitgliedigen Bildungsausschuß zu konstituieren. Entsprechend den Bedingungen, die für sein Wirken in den Leitsätzen vorgeesehen sind, wird er im Laufe des neuen Tätigkeitsjahres der Partei an die Erfüllung seiner Aufgaben gehen. Was den theoretischen Teil der Leitsätze anbelangt, so ist die Beschlußfassung darüber ausgeführt worden. Mit manchen anderen Parteiorganen sind wir der Ansicht, daß trotz des abgebrochenen Referats Zetkin diese Beschlußfassung erfolgen konnte. Die Leitsätze hatten lange genug zur öffentlichen Diskussion gestanden, daß die Delegierten sich mit ihnen auseinanderzusetzen vermocht, und prinzipieller Widerspruch gegen sie war nur in letzter Stunde und oben-dreien in einem journalistischen Privatunternehmen erfolgt, von dem Genosse Wels erklärte, daß die Partei ihm nun und nimmer Heimatsrecht gewähren dürfe. Indes bedauern wir die verschobene Beschlußfassung nicht. Wir erhoffen von der Verbreitung der einschlägigen Referate als Broschüren und der Wirksamkeit des Bildungsausschusses eine um so gründlichere Diskussion des bedeutungsvollen Bildungsproblems und der Aufgaben, welche es der Partei stellt.

Die Resolution zu Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug, welche der Parteitag im Anschluß an das glänzende Referat Haases debattelos annahm, formuliert die diesbezüglichen Reformforderungen des Proletariats. Was Genosse Haase zu ihrer Begründung darlegte, führte auf der Grundlage des geschichtlichen Materialismus tief in das Wesen der Frage ein und ließ damit den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Recht, zwischen dem wirtschaftlichen Unterbau und dem juristischen Überbau der Gesellschaft klar hervortreten. Abgesehen von ihrer speziellen Bedeutung sind seine Ausführungen trefflich geeignet, dem Proletariat das Recht der bürgerlichen Ordnung im allgemeinen als Recht der besitzenden und ausbeutenden Klassen zum Bewußtsein zu bringen.

Zum Schluß sei noch vermerkt, daß durch die Debatten über den Vorstandsbericht, den parlamentarischen Tätigkeitsbericht und über Anträge verschiedener Natur ein frischer Zug gesunder Kritik und drängender Arbeitsfreudigkeit wehte. Letzteres gilt besonders in hohem Maße von den trefflichen Ausführungen zur Frage der Jugendbewegung.

Nach den verschiedensten Richtungen hin ist der Mannheimer Parteitag reich an fruchtbaren Anregungen gewesen, wie er andererseits mit ruhiger Bestimmtheit den alten revolutionären Kampfesgeist der Sozialdemokratie bekundet hat. Diese kann daher mit verächtlichem Achselzucken von der Zeichenduterei des bürgerlichen Zeitungsgehwisters abwenden, das am Grabe seiner Prophe-

zeigungen von der wachsenden Entfremdung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung und der sicheren Verbürgerlichung der letzteren die verschämte Hoffnung auf eine „Mauferung“ der ersteren aufspflanzt. Sie weiß, daß der Mannheimer Parteitag der einen revolutionären Arbeiterbewegung unzweideutig die Lösung zugerufen hat: mehr rüsten, besser rüsten auf der ganzen Linie zum Kampfe gegen die kapitalistische Ordnung.

Die neuesten Leistungen des bürgerlichen internationalen Arbeiterschutzes.

In den letzten Wochen hat der bürgerliche Arbeiterschutz zwei Haupt- und Staatsaktionen fertig gebracht. Vom 17. bis 28. September tagte in Bern die „Internationale Regierungskonferenz für Arbeiterschutz“, die dazu führte, daß zwei Übereinkünfte unterzeichnet wurden: die eine betreffend das Verbot des weißen (gelben) Phosphors in der Zündholzindustrie, von Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz; die zweite, betreffend das Verbot der industriellen Nachtarbeit von Frauen, von denselben Staaten, sowie von Belgien, Großbritannien, Österreich-Ungarn, Portugal, Spanien und Schweden. Am Tage, nachdem die internationale Regierungskonferenz in Bern ihre Arbeit vollendet hatte, trat in Genf die vierte Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz zusammen. Der Vereinigung gehören jetzt die Regierungen und eigene Sektionen folgender Länder an: Deutsches Reich, Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien, Ungarn, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Schweden, Schweiz. Auf der Generalversammlung waren im ganzen etwa 90 Regierungsvertreter, Sektionsdelegierte und Sachverständige erschienen. Von den Beschlüssen der Generalversammlung sind die folgenden ganz besonders beachtenswert: Berichte sollen erstattet werden über die Maßnahmen, die in jedem Lande durch Gesetz oder Verordnung zur Sicherung der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung ergriffen worden sind; über Umfang und Art der gewerblichen Kinderarbeit und die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der gewerblich tätigen Kinder; über die Gefahren bei der Herstellung und der Anwendung der Bleifarben, sowie in der keramischen und polygraphischen Industrie; über die Dauer der täglichen Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter und Angestellten, sowie über die Wirkungen der bereits durch Gesetz, Verwaltungsmaßnahmen oder die Initiative der Arbeitgeber und Arbeiterorganisationen erzielten Beschränkung des Maximalarbeitstages, insbesondere in bezug auf die Steigerung der Arbeitsleistung der Arbeiter und den Fortschritt der Technik; endlich über die für den Export arbeitenden Hausindustrien, ihre Ausfuhr- und Konkurrenzgebiete sowie über die für diese Konkurrenz in Betracht kommenden Betriebsformen. Im weiteren sprach sich die Versammlung dafür aus, daß die Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum 18. Altersjahre im allgemeinen verboten sein soll; daß die gesetzliche Festlegung eines Maximalarbeitstages von hohem Interesse für die Erhaltung und Förderung der physischen und geistigen Kräfte der Arbeiter und Angestellten ist; daß die in der Hausindustrie bereits nachgewiesenen Übelstände ein Eingreifen der Staatsgewalt notwendig machen; daß durch eine Verständigung der Staaten der Grundsatz der Gleichberechtigung der Ausländer und Inländer in bezug auf die Leistungen der Arbeiterversicherungen durchgeführt werden kann.

Die Ergebnisse dieser beiden internationalen Beratungen haben die bürgerlichen Arbeiterfreunde mit großer Genugung erfüllt. „Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz“, schreibt einer ihrer berufensten Wortführer, Professor Dr. Franke, in der Sozialen Praxis, „darf sich rühmen, zu dieser Zeit (dem in Bern vollzogenen Abschluß der beiden Übereinkünfte zwischen den Regierungen) nicht nur die nützlichsten Vorarbeiten, sondern auch geradezu den entscheidenden Anstoß gegeben zu haben. . . Auf dem bisher beschrittenen Wege wird die Internationale Vereinigung weitergehen. . . Sie geht an ihre Lösung heran ohne Überstürzung und ohne einseitigen Radikalismus, aber mit jenem Ernst und jenem Eifer, die redlicher Überzeugung, aufrichtiger Arbeiterfreundschaft und wissenschaftlicher Sachlichkeit entspringen.“

Wir sind die letzten, welche die bürgerlichen Arbeiterfreunde darin stören möchten, nach ihrer Überzeugung für den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu wirken. Ja wir erkennen an, daß sie durch die Sammlung des für den Arbeiterschutz in Betracht kommenden Materials und durch die Herausgabe wirklich gediegener Berichte nützlich wirken können. Ganz verfehlt aber ist von den Herren die Annahme, mit der sie sich brüsten: sie seien von „Überstürzung“ und „einseitigem Radikalismus“ frei. Damit wollen sie belunden, daß sie besser als die — Sozialdemokraten seien. In Wahrheit besteht der Unterschied zwischen den sozialdemokratischen und den bürgerlichen Sozialpolitikern darin: Die sozialdemokratischen Sozialpolitiker sind sich darüber klar, daß die wirtschaftliche Entwicklung zur Umwandlung der jetzigen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft in die sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion führen muß, und daß der durch den Druck der Arbeiterbewegung dem Unternehmertum abgerungene Arbeiterschutz die Wege für diese Entwicklung ebnet. Sie sind demnach von der Überzeugung erfüllt, daß durch bessere Arbeiterschutzgesetze die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft erhöht, nicht vermindert wird, selbst wenn der Unternehmerprofit darunter leiden sollte, eine Überzeugung, die noch stets durch die Er-

fahrung als richtig bestätigt worden ist. Die bürgerlichen Sozialpolitiker dagegen wollen in erster Linie die „bürgerliche“, das heißt die jetzt herrschende kapitalistische Wirtschaftsordnung aufrecht erhalten. Sie können daher nichts wagen, was dem Unternehmerprofit und der gegenwärtigen Produktionsweise gefährlich werden könnte. Deshalb fragen sie bei jedem Schritt, den sie tun sollen, ob sie nicht etwa mit dem Unternehmerprofit in Konflikt kommen. Sie untersuchen, berichten, erwägen, zweifeln, deuteln, kurz sie kommen aus dem Wonn und Aber nicht heraus. Selbst wenn sie durch den Druck der Arbeiterorganisationen dazu gelangt sind, eine Arbeiterforderung „im allgemeinen“ als berechtigt anzuerkennen, kommen sie „im besonderen“ mit so viel Ausnahmen, daß schließlich doch so gut wie gar kein Fortschritt erreicht wäre, wenn es nach dem Rezept der bürgerlichen Arbeiterfreunde ginge.

Dies zeichnet auch die Beschlüsse der Versammlung in Genf aus. Nachdem der Satz „Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum 18. Altersjahre im allgemeinen“ angenommen war, wurde für jugendliche Arbeiter über 14 Jahre die Nachtarbeit gestattet:

- a. in Fällen höherer Gewalt oder ausnahmsweiser Verhältnisse;
- b. in Industrien, deren Rohprodukte leicht dem Verderben unterworfen sind, und zur Vermeidung großen Schadens. Hiernach wäre einem sundigen Unternehmer stets die Möglichkeit geboten, sobald es Wert für ihn hat, Arbeiterkinder sogar während der Nacht ausbeuten zu können. Zur Förderung von Maßnahmen aber, um endlich mit der Durchführung eines gesetzlichen festgelegten Maximalarbeitstages für alle Arbeiter und mit der Beseitigung der Heimarbeit vorzugehen, konnten sich die Herren noch immer nicht entschließen; sie müssen noch weiter untersuchen und erwägen. Vorläufig begnügen sie sich mit Vorschlägen, welche allein die schlimmsten Mißstände zum Beispiel der Heimarbeit kaum berühren.

Die Arbeitgeber sollen verpflichtet werden:

1. ein Verzeichnis der von ihnen beschäftigten Heimarbeiter und -arbeiterinnen zu führen und den Behörden auf Verlangen jederzeit vorzulegen;
2. jeder der beschäftigten Personen bei der Auftragserteilung einen Zettel mit genauer Angabe des Stücklohnes auszuhändigen und in den Räumen, wo die Auszahlung des Lohnes stattfindet, den im Geschäft in Gebrauch bestehenden Lohnzettel und ein Verzeichnis der Preise für gelieferte Materialien anzuschlagen.

Selbst der Beschluß: „Die Ausdehnung der Gewerbe- und Fabrikinspektion sowie der sozialen Versicherungen auf die Heimarbeiter anzustreben“, ist bei den Herren nichts als ein Spiel mit Worten. Denn die bürgerlichen Parteien versagen stets bei derartigen Anregungen, sofern solche wirklich ernst gemeint sind.

Ebenso steht es mit den Übereinkünften der Versammlung in Bern. Sogar ein Mann wie Prof. Dr. Franke schreibt darüber:

„Mag das zunächst Erreichte, der materielle Inhalt der ersten Verträge, geringfügig erscheinen und für viele der unterzeichnenden Staaten keinen direkten Fortschritt der nationalen Sozialpolitik bedeuten“, . . .

Der gute Herr tröstet sich über diesen Mangel der Verträge damit, daß jetzt wenigstens „der erste Schritt“ gemacht sei — „der schwerste Schritt! Nachdem er aber einmal getan, wird die Entwicklung sich mit naturnotwendiger Folge auf der Bahn weiter vollziehen, genau wie im Rahmen der nationalen Sozialpolitik die Verteilung der sozialen Vergünstigungen und Rechtsfortschritte von Gruppe zu Gruppe der Bedrängten ausgleichend fortschreitet.“

Der „erste Schritt“ ist aber getan wahrlich nicht von wegen der Wonn und Aber der bürgerlichen Arbeiterfreunde, sondern unter dem Druck der Arbeiterbewegung in den maßgebenden Ländern — genau so, wie die wenigen Fortschritte der „nationalen Sozialpolitik“ demselben Drucke zu verdanken sind. Demgemäß hängen die weiteren Schritte auf der Bahn zu einem besseren Arbeiterschutz von dem Erstarken der Arbeiterbewegung ab und damit auch von der sozialdemokratischen Sozialpolitik, die mit ihrer wissenschaftlichen Sachlichkeit die nötige Ziellinie verbindet und deshalb ihren Forderungen den entscheidenden Nachdruck zu geben vermag. Den bürgerlichen Sozialpolitikern aber würde etwas mehr Bescheidenheit gegenüber der Sozialdemokratie recht gut stehen.

Hanau a. M.

Gustav Hoch.

Der Wahlrechtskampf in Österreich.

Was ich hier zu sagen habe, sollte eigentlich auf der Mannheimer Frauenkonferenz gesagt werden. Die Genossinnen, welche der Konferenz beiwohnten, wissen, warum ich es dort nicht sagen konnte. Ich folge der Einladung der Genossin Jettin und sage hier in kurzen Umrissen das, was ich auf der Konferenz weit deutlicher, überzeugender, weil auch ausführlicher hätte sagen können. —

Die deutschen Genossinnen fanden unsere Haltung in der Wahlrechtsbewegung nicht in Ordnung, und Genossin Jettin als Referentin über das Frauenstimmrecht sprach davon, daß man in Österreich das Frauenwahlrecht „zurückgestellt“ habe. Sie versuchte, alle Gründe, die ein solches Vorgehen begreiflich machen, aber nicht entschuldigen, anzuführen. Nun, ich stimme ganz mit Genossin Jettin überein, daß sich die sozialdemokratische Politik von solchen Gründen nicht beeinflussen lassen darf. Tatsächlich trifft keines auf Öster-

reich zu. Wir hatten nicht Angst vor der Rückständigkeit der Frauen, wir nahmen keine Rücksicht auf eine bürgerliche Partei, weil alles das für uns nicht in Betracht kam. Wir haben auch keine bürgerliche Partei, die schon so weit wäre, für die Frauen das Wahlrecht zu verlangen; die einzige Partei in Österreich, die außer der Sozialdemokratie eine Verbehrkraft unter den Frauen besitzt, ist die Christlich-Soziale. Diese Partei verdankt einen großen Teil ihrer Erfolge der Agitation der Frauen. Dennoch hat sie nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie gegen das Frauenwahlrecht ist, und die Christlich-sozialen Frauen sind damit zufrieden. Sollte es anders werden, uns wird es recht sein. Die bürgerlichen Frauen Wiens sind für das Frauenwahlrecht, sie sind ehrlich und wahrhaftig dafür, nicht für ein „Damenwahlrecht“, sondern für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen. Diese bürgerlichen Frauen Wiens haben über unsere Haltung so geurteilt, wie die deutschen Genossinnen durch Genossin Jettin und Genossin Bebel. Wir haben uns in einigen Versammlungen darüber auseinandergesetzt, und voll Anerkennung und rückhaltloser Bewunderung haben die Frauenrechtlerinnen Wiens des Genossin Bebel als konsequenten Vorläufer für die Rechte der Frauen gedacht. Aber so nahe diese Frauen auch der Wahlrechtsbewegung standen, Verständnis für unsere Haltung konnten sie doch nicht aufbringen. „Das Frauenstimmrecht auf alle Fälle“, war ihre Meinung. Was sie zur Propaganda für diese Forderung tun konnten, haben sie gemacht, und sie haben es nicht schlecht gemacht. Und doch verlief ihre ganze Bewegung eindrucklos, weil aller Augen auf die Wahlrechtsbewegung der Sozialdemokraten gerichtet waren.

Warum wir aber das Frauenwahlrecht nicht in den Vordergrund gerückt haben? Genossinnen! Jede einzelne von uns hätte es als Verbrechen empfunden, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Regierung durch irgend etwas von dem Kampfe ums Wahlrecht der Männer abzulenken, sei es auch durch die uns allen am Herzen liegende Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Nein, Genossinnen, wir alle wußten, denn wir hatten den Willen dazu, dieser Kampf ums gleiche Recht darf nur mit einem Siege enden. Und hätte es gegolten, das Äußerste zu wagen, die Arbeiter waren dazu entschlossen. Und weil es so stand, mußte alles auf diesen einen Punkt konzentriert werden. Nie und nirgends hat die österreichische sozialdemokratische Partei beschliffen, das Frauenwahlrecht „zurückzustellen“, die Genossinnen haben aber in einem geschichtlich ewig denkwürdigen Moment erklärt, in diesem Wahlrechtskampf mit allen Kräften mitzuhelfen, daß die „Kurienchande“ beseitigt werde, daß Österreich endlich das gleiche politische Recht für die Männer zur Tatsache mache. Die Genossinnen haben weiter unter enthusiastischer Zustimmung des Parteitags erklärt, daß sie die Überzeugung haben, die von politischer Ungleichheit befreiten Männer werden die entschlossensten Kämpfer für die gleichen politischen Rechte der Frauen werden. Grundsätzlich fordern wir ja das Wahlrecht für alle Staatsangehörigen vom 21. Lebensjahre an für beide Geschlechter, wir verlangen das Proportionalwahlrecht, und doch haben wir in dem entscheidenden Wahlrechtskampf auch davon nicht gesprochen. Es mußte eben allen Machtfaktoren in Österreich eindringlich eingeschärft werden, daß es uns Ernst ist, bis ans Ende zu gehen, nicht mehr ohne vollen Erfolg den Kampf zu beenden. Daher ließen wir alles, was gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg hatte, unausgesprochen. Genossin Jettin hat zwar gemeint, wir hätten das Frauenwahlrecht fordern sollen, später wäre immer noch Zeit gewesen, es zurückzuziehen. Das wäre direkt eine Gefahr gewesen. Warum sollten wir Zweifel an dem Ernst unseres Kampfes aufkommen lassen? Das Frauenwahlrecht aber hätte niemand ernst genommen. Sollten wir den Anschein erwecken, daß wir schließlich auch am allgemeinen gleichen Wahlrecht der Männer werden herumtollen lassen? Und an Lust dazu hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Die Nutznießer des Privilegienwahlrechts haben heiß genug um ihr Privileg gekämpft. Durch den konsequenten, jahrelangen Kampf der „Arbeiter-Zeitung“, unseres Zentralorgans, aber waren schließlich alle Kreise der Bevölkerung von der Erkenntnis durchdrungen worden, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht der einzige Ausweg aus den schweren Wirren des österreichischen Staates ist.

Auf der Frauenkonferenz wäre es mir gewiß gelungen, diese Tatsachen den Genossinnen lebendig darzustellen und ihnen etwas von der tiefinnersten Begeisterung mitzuteilen, die uns alle besetzte. Vielleicht hätte ich es auch vermocht, den deutschen Genossinnen den Stolz verständlich zu machen, den die österreichischen Genossinnen auf ihre Haltung im Wahlrechtskampfe empfinden. Keine von uns hätte es in jenen ersten schweren Tagen vom November 1906 bis Februar 1906 — am 28. Februar d. J. wurde von der Regierung Gautsch dem Parlament das Gesetz auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts vorgelegt — vermocht, die Aufmerksamkeit auf etwas anderes zu lenken, als auf das gleiche Recht der Männer. Wer unsere Wahlrechtskämpfe von 1893 an verfolgt hat, muß dies begreiflich finden. Zahllose Verwundungen, Jahre von Kerker und Gefängnis waren die Begleiterscheinungen unserer Wahlrechtskämpfe von 1893 an. Mit der V. Kurie 1896 wurde dieser Kampf abgeschlossen. 72 Mandate von 425 hatte man für die Arbeiterschaft ganz Österreichs gnädigst bewilligt. Ein Schandwahlrecht, eingerichtet und zugeschnitten, den Willen der Arbeiterschaft nicht zum Ausdruck kommen zu lassen. Zwei Wahltage in der V. Kurie haben wir mitgemacht, den 8. März 1897 und den 3. Jänner 1901. Und an diesem 3. Jänner da gelobten die Arbeiter Öster-

reichs: Keine Wahl mehr in der V. Kurie. Und das wurde allen, die mit ihrem Denken und Empfinden in der Sozialdemokratie wurzeln, zu einem förmlichen Glaubenssatz. Es würde über den Raum dieses Artikels gehen, von unseren Wahlrechtskämpfen zu erzählen; nach manchen Vorstößen aber waren im Herbst 1905 die Vorbedingungen zum Endkampf vorhanden. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, die österreichische Regierung wollte die Wahlreform. — Nein, es mußte ihr erst durch einen entschlossenen Kampf klar gemacht werden, daß die Wahlreform nicht mehr aufzuhalten ist. Noch im Oktober 1905 erklärte der Ministerpräsident Baron Gautsch, daß die Zeit für das allgemeine gleiche Wahlrecht noch nicht vorhanden ist. Am 28. November desselben Jahres aber war die Einsicht von der Unaufschiebbarkeit des allgemeinen gleichen Wahlrechts beim Ministerpräsidenten so weit gediehen, daß er feierlich erklärte, er werde eine Regierungsvorlage einbringen, die das allgemeine gleiche Wahlrecht enthält. Zwischen diesen zwei Erklärungen lag allerdings ein Monat leidenschaftlichen, zielbewußt geführten Wahlrechtskampfes. Der Parteitag anfangs November hatte beschloffen, zur Erreichung des Wahlrechts als eines der äußersten Mittel den Massenstreik anzuwenden. Die Führer der Gewerkschaften, die Vertreter der Nationalitäten hatten in feierlichen Erklärungen zugestimmt. Da war es, wo auch die Genossinnen ihre oben besprochene Erklärung abgaben.

Nun kam Aktion auf Aktion. Die Vorbereitungen für die Arbeitsruhe am 28. November wurden getroffen und hielten die Partei in unaufhörlicher Tätigkeit. Am 28. Februar d. J. endlich trat die Regierung Gautsch mit der Wahlreformvorlage vor das Abgeordnetenhaus. Am 1. Mai war das Ministerium Gautsch nicht mehr vorhanden. Die Wahlreformfeinde hatten es gestürzt. Das Ministerium, das folgte, war einen Monat im Amte, und die Wahlreform stockte im Ausschuss; Komplikationen mit Ungarn führten dazu, daß auch diese Regierung ging, an deren Spitze der ob seiner demokratischen Gesinnung bekannte Prinz Hohenlohe stand.

Nun kam Baron Beck, der gegenwärtige Premier. Und die Wahlreform stockte noch immer. Die Feinde des gleichen Wahlrechts, die im Wahlreformausschuss Sitz und Stimme haben, scheuten kein Mittel, die Wahlreform zu Fall zu bringen. Da beschloß die Parteivertretung im Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission, den Massenstreik für die allernächste Zeit vorzubereiten. Als Warnungssignal sollte eine dreitägige Arbeitseinstellung in Wien vorangehen. Am 10. Juni erschien das Manifest an die Sozialdemokraten Österreichs, und schon am nächsten Tage begannen die Vorbereitungen der Branchen. Das Frauenreichskomitee gab ein Flugblatt an die Frauen heraus, das in einer Anzahl von 150000 in Wien verbreitet wurde. Es wendete sich an die Frauen, erörterte ihnen die Bedeutung des Wahlrechts und forderte sie auf, ihren Männern den Kampf nicht schwer zu machen, wenn in den nächsten Tagen alle Arbeit eingestellt werde. Das Flugblatt wirkte. Zu Hunderten drängten sich die Frauen, um das in den Verschleißstellen der „Arbeiter-Zeitung“ ausgehängte Flugblatt zu lesen. Ganz Wien war getragen von der Überzeugung, daß die nächsten Tage Schweres bringen werden. Der arbeitende Teil der Bevölkerung war entschlossen, für sein Recht zum Äußersten zu greifen, die anderen waren von Furcht beherrscht.

Nie werden wir den Ernst jener Tage vergessen, nie aber auch die Begeisterung für den Kampf ums Recht, der alle erfüllte. Der Wahlreformausschuss begann rechtzeitig zu arbeiten. Das Warnungssignal war nicht umsonst ergangen. Das Parlament wird in wenigen Tagen das letzte Wort zu sprechen haben. Das allgemeine gleiche Wahlrecht wird aller Voraussicht nach Gesetz werden, und die Arbeiterschaft Österreichs wird am Abschluß eines großen, an erschütternden, von echt revolutionärer Begeisterung getragenen Momenten, reichen Kampfes stehen.

In kurzen Umrissen habe ich versucht, den Genossinnen ein Bild unserer Wahlrechtsbewegung zu geben. Das Frauenwahlrecht stand nicht im Vordergrund des Kampfes. Trotzdem ist es nicht übertrieben, wenn ich ausspreche, daß die Genossinnen Österreichs durch ihre Haltung und Taktik in diesem Kampfe dem Frauenwahlrecht mehr genützt haben, als wenn es so nebenbei mitgefordert worden wäre. Die Frauen haben — und da spreche ich von der großen Masse der Genossinnen — für diese Taktik volles Verständnis bewiesen, und keine einzige, auch nicht die enthusiastischsten Vorläuferinnen des Frauenwahlrechts hätten anders handeln mögen.

Die Genossinnen können versichert sein: gilt es für das Frauenwahlrecht zu kämpfen, dann werden die österreichischen Frauen für diesen Kampf dieselbe Energie, dieselbe Begeisterung aufwenden, die sie im Kampf für das Recht der Männer gezeigt haben.

Wien.

Adelheid Popp.

Vorläufige Antwort. Die deutschen Genossinnen werden es sicher der Genossin Popp Dank wissen, daß sie an dieser Stelle darlegt, was mündlich zu sagen der Schluss der Diskussion ihr leider verwehrt. Zur Sache selbst läßt sie mich meine Ausführungen über die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie dem Frauenstimmrecht gegenüber auf Gründe stützen, die ich wohl zur Charakterisierung des Kampfes ums Wahlrecht in Belgien und Schweden angeführt habe, aber mit keiner Silbe in Verbindung mit der Taktik der österreichischen Genossinnen und Genossen in ihrem letzten Wahlrechtskampf brachte. Genossin Popp ist bezogen nicht auf die Argumente eingegangen, mit welchen ich begründete, daß die deutschen Genossinnen bei aller Anerkennung der von den österreichischen Genossinnen geübten

Disziplin den Standpunkt derselben in der Frage des Frauenstimmrechtes nicht zu teilen vermögen. Das wird in nächster Nummer der Abdruck der einschlägigen Stelle meines Referats erweisen. Im Anschluß daran werde ich mich auch mit den Gründen auseinandersetzen, die Genossin Popp für die Haltung der österreichischen Genossinnen ins Feld führt.

Klara Zeitlin.

Kongress für Kinderforschung und Jugendfürsorge.

In den ersten Tagen des Oktober hat zu Berlin ein Kongress für Kinderforschung und Jugendfürsorge stattgefunden. Man darf es als ein charakteristisches Zeichen der Zeit ansehen, daß dieser Kongress, der das schlechthin wichtigste Thema behandelte, das der Menschheit gestellt werden kann, von der großen Tagespresse fast unbemerkt geblieben ist. Welch wichtigere Aufgabe kann der Menschheit obliegen, als die Fürsorge für das werdende Geschlecht, das heißt für ihre eigene Zukunft? Was nützt die stolze Kultur, wenn vielleicht schon die nächste Generation nicht mehr imstande ist, sie auf ihrer Höhe zu erhalten? Wer aber die hauptstädtische Presse durchmustert, der findet allerdings Berichte über den Kongress — aber was für welche! Der Leser der Tageszeitungen — und wieviel Menschen lesen mehr als diese? — erfährt eigentlich nur eine knappe Aufzählung der Thematika, über welche auf dem Kongress Vorträge gehalten worden sind. Die paar Brocken, die dann noch über den Inhalt der Vorträge mitgeteilt werden, wären besser ungedruckt geblieben. Denn soweit sie nicht direkt sinnlos sind, kann man ihnen ansehen, daß sie nur ein verzerrtes Bild dessen geben, was die Referenten auf dem Kongress in Wirklichkeit gesagt haben. Wahrlich, nachdem im allgemeinen in der Tagespresse ein nicht zu leugnender Fortschritt in bezug auf Berichterstattung von Kongressen zu konstatieren ist, hätten wir ein so geringes Verständnis für das wichtige Problem der Kinderfürsorge nicht erwartet.

So hat man denn im ganzen wenig von dem Kongress erfahren, und falls ein stenographisches Protokoll erscheinen sollte — wir wissen nicht, ob ein solches geplant ist —, dürfte es sich empfehlen, auf die einzelnen dort behandelten Fragen nochmals ausführlich zurückzukommen. Jedoch auch aus dem wenigsten schon, das bisher vorliegt, lassen sich einige und nicht uninteressante Fingerzeige schöpfen.

Das grundlegende Werk des großen Forschers Preyer über „Die Seele des Kindes“ ist zum erstenmal im Jahre 1881 erschienen. Doch in dem seither verfloffenen halben Menschenalter ist die Kinderforschung recht wenig gefördert worden — das ist eigentlich die wesentlichste Lehre des Kongresses. Sicherlich sind unsere Kenntnisse über die Beschaffenheit des Nordpols und des Südpols seit 1881 mehr bereichert worden, als die Kenntnis von dem, was uns am nächsten liegt, von unserem eigenen und unserer Kinder Geistesleben. Als Preyer 1895 die Vorrede zur vierten Auflage seines Werkes schrieb, hatte er auf seinem Wege noch wenig Nachfolger gefunden; ja auf einem sehr wichtigen Gebiet, nämlich bei den Beobachtungen und Versuchen an eben geborenen Tieren, noch gar keine. Und doch ist „das geistige Leben des Menschen in seiner ersten Entwicklung so verborgen, daß viele zusammen arbeiten müssen, um es zu entschlüsseln; der einzelne kann nur wenig davon übersehen“. Noch im Jahre 1900, als nach Preyers Tode sein Schüler Schäfer die fünfte Auflage herausgab, mußte er in der Vorrede bemerken: „Fast 20 Jahre sind seit dem ersten Erscheinen der „Seele des Kindes“ vergangen, aber noch immer ist dieses Buch die reich fließende Quelle, aus der andere Autoren Tatsachen und Probleme zu schöpfen pflegen, während ich umgekehrt nur wenig in den neueren und neuesten Arbeiten auf dem Gebiet der Psychogenese (Lehre von der Entstehung der Seele) zu finden vermochte, das geeignet war, als wesentlich ergänzend in die neue Auflage aufgenommen zu werden.“ Das gleiche lehrt denn wohl auch die Tatsache, daß es volle 25 Jahre gedauert hat, bis zum erstenmal ein Kongress für Kinderforschung zusammentrat.

Bedenkt man dies, so ist wohl klar, daß das Schweigen der hauptstädtischen Presse kein zufälliges ist. Vielmehr ist in den Kreisen derer von „Bildung“ und Besitz offenbar recht wenig Interesse an den Fragen der Kinderforschung vorhanden. Vermutlich ist ihnen zum großen Teil schleierhaft, was es an Kindern überhaupt zu erforschen gibt. Das Werden und die Zukunft ihrer Kinder ist nämlich auch ohnedies geschert.

Und damit sind wir an den Kern der Frage herangerückt. Der Kinderforschung stellen sich zwei Probleme: Erstens die Frage, welche geistigen Fähigkeiten das Kind mit auf die Welt bringt und wie es demzufolge auf die Einwirkungen der Außenwelt zu reagieren in der Lage ist; zweitens aber die Frage, welche Einflüsse die äußere Umgebung auf des Kindes Seelenentwicklung ausübt. Bei der zweiten Frage sieht man ganz deutlich, daß es sich um ein soziales Problem handelt, und die Erforschung der ersten Frage dient ebenfalls nur als Hilfsmittel dazu. Näherer Einblick in die sozialen Probleme unserer Zeit ist aber geeignet, Appetit und Verdauung zu stören, deshalb liebt der ehrsame Bürgermann dergleichen nicht.

Preyers Buch behandelt — nach dem Grundsatz vernünftiger Arbeitsteilung — nur den ersten Teil des Problems. Bemerkenswert, daß er schon hierbei zu einer vollständigen Verdrängung des üblichen Erziehungswesens kommt. „Zuerst Natur ohne Dressur, dann Kultur“, lautet der Erziehungsgrundsatz, zu dem er gelangt. „Die Kunst, das kleine Kind werden zu lassen, ist viel schwerer als die, es vorzeitig zu dressieren.“

Mit dieser Seite der Frage hat sich der Kongress nur wenig beschäftigt. Zu einem Vortrag (nicht im Plenum, sondern in einer Sektion) des Dr. Stern-Breslau über „Psychogenese“ kam noch ein Vortrag über die „Reaktionszeit im Kindesalter“, das heißt über die Zeit, die es dauert, bis äußere Anreize den Weg durch das Nervensystem der Kinder nehmen und sich in Tätigkeit umsetzen. Im übrigen wurden Vorträge gehalten über den Einfluß des Milieus (der Umgebung) auf die Seele des Kindes, über freibelle Kinderergärten, über Fürsorge für die schulentlassene Jugend, über Ferienkolonien, über das Wohnungselend in seinem Einfluß auf die Kinderseele und über die Behandlung der Kinder vor Gericht. Daneben fanden einige Vorträge über Fragen mehr ärztlichen Inhaltes statt, wie über stotternde und über idiotische Kinder. Man sieht, den größten Teil seiner Arbeit widmete der Kongress den sozialen Einwirkungen, denen die Kinder ausgesetzt sind.

Es versteht sich, daß wir diese Arbeit des Kongresses nur gutheißen können. Die Vorträge haben durch interessante Einzelheiten beleuchtet, die jedem Leser sozialdemokratischer Schriften ohne weiteres bekannt sind. Gewiß ist es von Interesse, daß zum Beispiel in Berlin fast zwei Drittel aller Kinder (63 Prozent) kein Bett für sich allein haben, und daß sogar die Zahl derer nicht gering ist, die zu dreien und viere in ein Bett sich teilen müssen. Gewiß hat es Wert, daß nun schon ein Landgerichtsrat, und sei es auch nur der als Sozialreformer bekannte Herr Kulemann, zu der Einsicht gekommen ist, daß die strafrechtliche Behandlung der Kinder und der Jugendlichen — sei es als Angeklagte, als Zeugen oder als Verurteilte — nur ein einziger grober Verstoß gegen die elementarsten Regeln wissenschaftlicher Seelenkunde ist. Aber welchem Proletarier wird damit etwas Neues gesagt?

So liegt denn die Bedeutung des Kongresses weniger in seiner positiven Arbeit, als vielmehr darin, daß er dokumentiert, wie die soziale Frage immer gewaltiger den Besitzenden auf den Leib rückt. Man kann nicht mehr ganz die Augen verschließen gegen Dinge, die vor 20 Jahren auch schon vorhanden waren, aber damals hochmütig ignoriert wurden.

Und noch eins ist bedeutungsvoll für den Kongress. Auf Grund vorurteilsloser Forschung kommt der eine — und zwar handelt es sich ausnahmslos um bürgerliche Gelehrte — zu dem Schlusse, daß das ganze Erziehungswesen auf neue Grundlagen gestellt werden muß; der andere zu der Erkenntnis, daß die Behausung der Arbeiter eine ganz andere werden muß; der dritte zu der Einsicht, daß die gesamte Behandlung der Jugendlichen vor Gericht eine grundverkehrte ist. Aber hat sich einer der gelehrten Herren die Frage vorgelegt, ob die von ihm für nötig befundenen Änderungen innerhalb der Klassengesellschaft überhaupt möglich sind? Wir glauben kaum. Es ist ja doch schließlich kein Zufall, daß wir in diese verrotteten Zustände hineingekommen sind. Sie sind historisch geworden. Und deshalb kommt man auch ihnen auch nicht heraus durch bloßes Wünschen, noch durch Aufdecken schlimmer Übelstände. Man muß vielmehr die soziale Frage im ganzen zu erfassen suchen. So große Wichtigkeit der ungeschminkten Erkenntnis des gegenwärtig Vorhandenen auch zukommt, nicht minder wichtig ist die Erkenntnis, wie es geworden ist. Der Kongress hat diese Frage nicht angeschnitten, deshalb ist seine Arbeit nur eine halbe. Nur im Zusammenhang mit der Erforschung des geschichtlichen und wirtschaftlichen Untergrundes, auf dem die festgestellten Übel erwachsen sind, kann nach Mitteln zur Heilung gesucht werden; denn die Heilung besteht eben in der geschichtlichen Umwandlung des wirtschaftlichen Untergrundes. Das heißt mit anderen Worten: die Arbeit des Kongresses hat Wert und Bedeutung nur als Beitrag zur Arbeit der Sozialdemokratie. n. dt.

Die sozialdemokratische und sozialistische Jugendbewegung in Schweden.

Die sozialistische Jugendbewegung in Schweden existiert so ziemlich seit den ersten Tagen der sozialdemokratischen Partei. Ende der achtziger Jahre wurden in Stockholm wie in mehreren anderen Orten Sonntagsschulen errichtet, an denen die Parteigenossen mit großem Eifer wirkten. In diesen Sonntagsschulen wurde Unterricht erteilt in Geschichte, Naturwissenschaft, Geographie usw., und zwar nach einer einfachen und anregenden Unterrichtsmethode. Außerdem wurde Gewicht darauf gelegt, die Kinder in rein humanitärem Sinne zu erziehen und zu leiten; auch der Gesang wurde gepflegt. Leider gingen diese nützlichen Schulen bald ein, da wichtige Aktionen der Partei das Interesse und die Kräfte beanspruchten.

Mitte der neunziger Jahre entstand sodann die sozialistische Jugendbewegung, die sich anfangs die Aufgabe stellte, auf der Basis des Parteiprogramms sowohl die weibliche als männliche Arbeiterjugend zusammenzuschließen. Dies geschah in den „Sozialistischen Jugendclubs“, welche wiederum in dem Sozialistischen Jugendverband vereinigt waren. In der ersten Zeit wurde eine erfolgverheißende Tätigkeit entfaltet, und eine Anzahl guter Kräfte erhielten hier ihre erste Schulung. Unter diesen sind besonders zu nennen: Karl Börjesson, jetzt Verleger; Kronow, der allzuerst ins Grab sank, und schließlich Emil Rosén, jetzt Redakteur des täglich erscheinenden Parteiorgans in Gesele, „Arbetarebladet“. Die Aufgabe der Jugendbewegung war: Auf der Grundlage der sozialdemokratischen Auffassung die Jugend zu sammeln, ihr Interesse zu wecken für kulturelle und soziale Fragen und sie zu schulen für die kommende politische und gewerkschaftliche Arbeit innerhalb der betreffenden Organisationen. Es wurden Versammlungen, Diskussionen, Vorlesungen und

Vorträge veranstaltet, daneben auch Vergnügungen und Belustigungen. Leider fand diese Jugendbewegung bei den älteren Parteigenossen die Unterstützung nicht, die sie in Wirklichkeit verdient hätte, und deren sie bedürftig war. Man sah im Gegenteil mit argwöhnischen Blicken auf die Arbeit der Jungen, und die Folge war, daß auf beiden Seiten Mißtrauen gegeneinander entstand.

So glitt die Jugendbewegung in andere Bahnen hinüber. Das Presborgan der Jugend „Brand“ (zu deuten etwa: „Die Fackel“. Anm. des Übersetzers), das mit großen ökonomischen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, war von Anfang an in Konflikt geraten mit den leitenden älteren Kräften der Partei, und bald war der Kampf in vollem Gange. Nachdem dann Anfang 1900 Herr Hinkel Berggren von einem langen Aufenthalt im Auslande nach Schweden zurückkam und die Leitung der sozialistischen Jugendbewegung übernahm, wurde diese nahezu vollständig in das anarchistische Fahrwasser gelenkt. Die heftigsten und hämischsten Angriffe wurden ihrerseits gegen die Parteileitung, besonders gegen den Redakteur Branting geschleudert. Die „Jungsozialisten“, wie sie nunmehr genannt wurden, hielten Ständerversammlungen im Stockholmer Volkshaus ab. Aber auch in Lund, Helsingborg und Landskrona war der Kampf bald in vollem Gange. Die „Älteren“ versuchten zunächst die ganze Bewegung „totzuschweigen“ — aber das gelang nicht. Die heftigen Angriffe in Versammlungen und in „Brand“ nahmen zu, und besonders in Stockholm gelang es Herrn Hinkel Berggren, durch seine fleißigen Angriffe gegen die Parteileitung eine Mißstimmung gegen diese zu erzeugen, die sich recht unangenehm fühlbar machte. Die ganze Jugendbewegung war schwer ausgeartet und von dem richtigen Wege abgekommen.

In der Folge sah es sehr bedenklich für alle diejenigen aus, die auf der gleichen Grundlage, auf der die sozialdemokratische Partei steht, eine starke Jugendbewegung wünschten. Es tauchte nun der Gedanke auf, eine neue Jugendorganisation zu gründen, und es wurden Vorschläge zu einer solchen Organisation gemacht, die nicht gegen, sondern für die Partei arbeiten sollte. Die Reibungen zwischen den beiden verschiedenen Strömungen in den „Jugendklubs“ wurden immer heftiger, und schließlich endete jede Diskussion in einer Schimpferei. Nach dem Jugendkongress in Stockholm trat endlich der unvermeidliche und nötige Bruch ein. Auf diesem Kongress hatte Herr Berggren seinen Willen vollständig durchgesetzt. Der Programmpunkt betreffend die Religion war dahin abgeändert worden, daß die Religion zu bekämpfen sei; desgleichen war in der Frage der Landesverteidigung eine andere Stellung eingenommen worden, als die Partei sie einnahm; außerdem sollte der Parlamentarismus bekämpft werden. Kurz die Jugendbewegung hatte sich ein rein anarcho-sozialistisches Programm gegeben.

Am 11. März 1903, nach einer stürmischen Versammlung des sozialdemokratischen Jugendklubs in Malmö, wurde der Bruch perfekt. Bereits am 24. März konstituierte sich der „Sozialdemokratische Jugendverband“. Es ward die Gründung eines neuen Organs „Fram“ („Vorwärts“) beschlossen, das bald darauf sein Erscheinen begann.

Die neue Jugendorganisation ist von großem Nutzen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen im ganzen Lande gewesen. Die Jugend hat mit einer großen Energie und Begeisterung, die nicht genug zu bewundern ist, ihre Aufgaben zu lösen gesucht.

Von den Genossen, die in der sozialdemokratischen Jugendbewegung besonders tätig waren, sind zu nennen: Der Dichter R. G. Olfian-Rilsson-Malmö, der den Vorhitz übernahm, nachdem Tapezierer A. Lindquist zurückgetreten war. Sowohl der Redakteur Fredrik Ström wie Zeth Höglund, beide damals Studenten an der Universität, warfen sich in die Jugendbewegung und kämpften dafür, daß sie wieder erstarrte und in richtige Bahnen einlenkte. (Zeth Höglund verbüßte zurzeit eine Strafe von neun Monaten Gefängnis für den bedeutungsvollen Aufruf des sozialdemokratischen Jugendverbandes „Die Waffen nieder!“, der während der Unionskrise von 1905 erschien.) An der Seite dieser Genossen standen eine große Anzahl junger Kräfte aus Arbeiterkreisen, von denen hier genannt werden sollen: Fabian Mansson, Per Albin Hansson, der junge energische Redakteur des „Fram“, der in diesem Jahre seine Wehrpflicht erfüllt hat, Einar Ljungberg, Holzarbeiter und Agitator, auf den Ellen Key in ihrem Werke „Die Volksschulbildung“ Bezug nimmt wegen seiner umfangreichen Tätigkeit in Gothenburg, wo er die oft ganz verwilderten „Jungen“ zu sammeln verstand; Hjalmar Gustaffson, der in Stockholm Bahnbrecher war, verdient ebenfalls genannt zu werden.

Das Resultat unserer Arbeit ist ein glänzendes. „Lasset uns das Land erobern“ schrieb Fredrik Ström in jugendlicher Begeisterung, — und das haben die „Jungen“ getan, indem sie nach den kleinsten Dörfern den Samen des Sozialismus trugen und ihre Jugendklubs dort gründeten. Im April bis Juni 1903 existierten nur 7 Klubs mit 445 Mitgliedern. Im September 1906 zählten wir 300 bis 400 Klubs mit 14 000 bis 15 000 Mitgliedern. Die Auflage des „Fram“ ist von 3000 auf 35 000 Exemplare gestiegen.

Die sozialdemokratische Jugendbewegung hat sich leider — gleich der sozialistischen — nicht der Unterstützung der älteren Genossen zu erfreuen gehabt. Wenn ich Redakteur Aug. Nilsson von „Arbetet“ und Anders Lindblad von „Ny Tid“ ausnehme, so haben sonst die meisten unserer Jugendorganisationen entgegengewirkt, sowohl innerhalb als außerhalb der Presse. Dank der Klugheit und Kraft ihrer Träger hat die sozialdemokratische Jugendbewegung dennoch nunmehr eine Stabilität erreicht, die nicht mehr erschüttert werden dürfte.

Vorschläge, die beiden Jugendorganisationen auf der Grundlage der sozialdemokratischen Auffassung zu verschmelzen,

sind gemacht worden. Seitdem wir die sogenannten Mauerwerksgesetze im letzten Frühling erhielten, haben die beiden Organisationen sich in der antimilitaristischen Agitation ein wenig genähert. Die Verschmelzungsvorschläge dürften jedoch wahrscheinlich an der Haltung der sozialistischen Gruppe scheitern, und zwar wegen ihrer rücksichtslosen Agitationsweise und ihrer Beschimpfungen der Sozialdemokratie. „Brand“, das Organ der sozialistischen Gruppe, hat zurzeit eine Auflage von circa 10 bis 12 000; die Mitgliederzahl dürfte höchstens 10 000 betragen. Die „sozialistischen Jungen“ wirken energisch für ihre Ideen, aber doch nicht mit derselben Kraft wie der sozialdemokratische Zweig der Jugendbewegung.

An Stelle der früheren Sonntagsschulen haben die sozialdemokratischen Jugendklubs jetzt die Idee der „Märchenstunden“ aufgenommen. Die Kinder sammeln sich an den Sonntagvormittagen in diesen „Märchenstunden“, hören hier Musik, Märchen und Gesang, im Sommer werden außerdem Festschichten im Freien und Ausfahrten arrangiert; im Winter wird ebenfalls dann und wann ein größeres Fest veranstaltet. Die Einrichtung ist sehr populär geworden, und besonders in Malmö, Lund und Eskilstuna ist der Anschluß an die „Märchenstunden“ ein sehr großer.

In kurzen Jügen habe ich in vorstehendem die Arbeit unter den Jugendlichen seitens der Jugendlichen selbst skizziert.

Kata Dalström-Stockholm.

Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland.

Von Klara Zetkin.

(Fortsetzung.)

Kein Zufall, die wuchtende Logik der geschichtlichen Entwicklung, der sozialen Zusammenhänge bedingte das. Um die Zeit, als die Internationale den Schlachtruf des Kommunismus erneuerte, befand sich die sächsische Textilindustrie in einem Übergangsstadium vom handwerksmäßigen Kleinbetrieb zum großen mechanischen Fabrikbetrieb. Alle Jurien leiblichen und geistigen Glanzes, welche die siegestrunkenfüllt vorwärtsstürmende, kapitalistische Entwicklung — „König Dampf voran“ — entfesselte, zerfleischten die ergebirgische Bevölkerung. Gleich entsehlend war das Los der absterbenden Schicht selbständiger Kleinmeister und der sich rasch bildenden Klasse der Fabrikarbeiter. Die Verhandlungen der Webertage zu Glauchau, Mai 1871, und zu Berlin, Mai 1872, sowie der Weberinnungskonferenzen zu Chemnitz, März 1872 und März 1873, spiegeln das erschütternd wider. Eindringlichst reden davon die Angaben in den Berichten der „Zirkulare“, welche das Zentralkomitee der deutschen Manufakturarbeiter laut Beschluß des Webertages zu Glauchau von 1871 bis 1873 herausgab. Was sie feststellen und für jeden Sachvertrauten über die nackten Ziffern hinaus mit tödlicher Sicherheit beklunden, das bestätigten später vollauf die offiziellen Erhebungen, welche nach den Wahlerfolgen der Sozialdemokratie in Sachsen die Furcht dem Reichstag abpreßte.

Für die Werktätigen der sächsischen Textilindustrie hatte der Triumph der kapitalistischen Produktion eine Hölle geschaffen, wie sie furchtbarer nicht den Anfängen der englischen Manufaktur eigentümlich gewesen war. Mehring führte in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ an: „In der Glauchau-Weeraner Handweberei arbeiteten im Jahre 1863 30 900, im Jahre 1880 nur noch 3194 Handstühle zur Musterverweberei; mindestens 40 000 Personen hatten die mechanischen Webstühle in diesem einen Kreise innerhalb eines halben Menschenalters „überflüssig“ gemacht.“ In Waldheim war 1871 die Zahl der Meister von 200 auf 110 gesunken, von denen obendrein die Hälfte auf Handarbeit ging (Zirkular 3). Die mechanische Produktion schleuderte den Handwebstuhl in die Kumpellammer, jagte Meister und Gesellen brotlos auf die Straße und bevölkerte die dumpfigen, geräuschvollen Fabriksäle mit Frauen und Kindern. Aus Weidau meldet ein Bericht (Zirkular 2) den Rückgang der Meister von 400 auf 200, der Gesellen von 180 auf 15; 200 mechanische Webstühle am Orte wurden ausschließlich von Mädchen bedient. Ausschließlich Mädchen sind zu gleicher Zeit in Meerane an mehr als 600 mechanischen Webstühlen beschäftigt. Mehr als 1200 Kinder fronden dem Kapital in den Reichenbacher Textilfabriken, über 700 davon sind noch nicht zwölf Jahre alt. Fast Seite auf Seite steht in den Zirkularen die widergesetzliche Verwendung proletarischer Kinder in den Fabriken verzeichnet. Wie hätten „die rohen und halbgebildeten Parvenus“, welche die sächsische Textilindustrie beherrschten, nicht höhnlachend über die Buchstaben des Gesetzes wegschreiten sollen, sie, die fählos und strupellos alle Gebote der Menschlichkeit unter die Füße traten!

Mit Schauern liest man die Mitteilungen über Lohnhöhe, Arbeits- und Existenzbedingungen. In Glauchau verdiente ein Weber auf Stapelware — vorausgesetzt, daß Frau und zwei Kinder mitarbeiteten — wöchentlich 4 Taler, 212 Taler im Jahre bei stetiger, voller Beschäftigung, die fast nie vorhanden war. Nach einem Flugblatt der Internationalen Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer, das detaillierte Aufstellungen enthält, bedurfte in der damaligen Zeit eine fünfköpfige Arbeiterfamilie bei den bescheidensten Ansprüchen für ihren Lebensunterhalt 464 Taler 10 Ngr. 3 Pf. Die niedrigen Arbeiterinnenlöhne, welche alle Berichte anführen, erscheinen direkt als eine Prämie auf die Prostitution oder eine Anweisung auf langsame Verhungern. Sie betragen von 1 Taler 5 Sgr. bis 2 1/2 Taler wöchentlich bei 13stündiger täglicher Arbeitszeit und Verpflichtung zu Überzeit wie Sonntagsarbeit. Der erzgebirgische Weber erreichte nach der Untersuchung von Dr. Michaelis ein Durch-

schnittsalter von 38 Jahren; die hohe Kindersterblichkeit schrie zum Himmel; das überlebende Geschlecht war stroflos verfeucht; mit der wirtschaftlichen Not ging der Verfall des Familienlebens, mit dem physischen das geistige und sittliche Verkommen Hand in Hand.

So hatte die wirtschaftliche Entwicklung unter den niedererzgebirgischen Textilarbeitern den Boden bereitet, auf dem die Ideensaat der Internationale rasch und üppig in die Halme schießen konnte. Die Arbeiterbildungsvereine waren, um mit Motteler zu reden, die „Vorfrucht“ der verschiedenartigsten Organisationen, die binnen weniger Jahre entstanden. Als ihre geistige und propagandistische Zentrale darf die im Juli 1867 gegründete Spinn- und Webgenossenschaft G. Stehfest & Cie. in Grimmitzschau angesehen werden. Sie war das feste Rückgrat der Internationalen Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter mit ihrer Kranken- und Sterbefürsorge; an sie war die Druckerei des sozialistischen „Grimmitzschauer Bürger- und Bauernfreund“ angegliedert; sie stand in enger Fühlung mit den Konsumvereinen, Vorschuss- und Bildungsvereinen usw. von Sachsen, mit den sechs Schneidergenossenschaften der Schweiz usw. Die Organisationen, welche ihr Netz über Sachsen, das Erzgebirge im besonderen, spannten, waren der Internationale nicht angegliedert, ja standen nur in loserer Fühlung mit ihr. Nichtsdestoweniger waren sie Wein von ihrem Wein und Fleisch von ihrem Fleisch. Ihre hervorragendsten Organisatoren, Agitatoren und Leiter, die Bebel, Motteler, Germann, Franz, Karl Hirsch, Robert Seidel, Wilhelm Stolle usw., wirkten im Zeichen der großzügigen Gedankenwelt des internationalen Sozialismus. Welchen Sonderzweck auch immer eine Organisation hervorlehte, sie diente dem Ziele, das die Internationale gesteckt: der Zusammenschweigung des Proletariats als revolutionäre Klasse, deren „soziale Erkenntnis sich in soziale Macht“ umsetzen sollte. Als Grundzug war ihnen in der Folge gemeinsam: Mittelpunkt, Stützpunkte „für alle sozialen und politischen Bewegungen“ der Arbeiterklasse schaffen, alle schlummernden Kräfte wecken und zur Betätigung rufen zu wollen für den materiellen und kulturellen Aufstieg des Proletariats. All dies aber zu dem Zwecke, unter den Lohnarbeitenden die Idee auszubreiten und zu fördern, „die genossenschaftliche Arbeit an die Stelle der Lohnarbeit zu setzen, um statt des Arbeitslohnes den Arbeitsertrag zu erringen“.

Eine so weit und tief zielende Bewegung, die in alle Seiten der proletarischen Existenz hineingriff, konnte sich angesichts der ausgezeigten Situation nicht durchsetzen, ohne auch die Proletarierin in ihren Bannkreis zu ziehen. Die Proletarierin, die als Hausfrau und Mutter wie als Arbeiterin unter der Sündenlast des Kapitals leuchtete. Mit zwingender Gebärde wiesen die Verhältnisse auf sie als Schutzbedürftige und als Mitkämpferin hin. Die überlieferten Anschauungen von den Unterschieden des Geschlechtes, von dem, was dem Weibe ziemt und nicht ziemt, wurden von starrnackigen Tatsachen niedergelämpft. Die international gerichtete Arbeiterbewegung des Erzgebirges sah vor sich nur weibliche Sklaven des Kapitals, die den männlichen gleich ausgebeutet wurden, litten und dem proletarischen Kampfsheer eingereiht werden mußten. So ging sie bewußt daran, die Konkurrentin des Mannes auf dem Markte, die Feindin seiner Ideale im Heim zu verwandeln in seine gleichberechtigte und gleichverpflichtete Streitgenossin auf dem Schlachtfeld des Klassenkampfes. Sie richtete ihre Propaganda an die Proletarier „beiderlei Geschlechtes“, wie es damals hieß, und rief sie unterschiedslos zum Zusammenschluß auf.

Auf dem ersten Verbandstag der sächsischen Konsumvereine zu Chemnitz, Ende März 1869, fand ein Trinkspruch begeistertes Echo „auf unsere Frauen, als die wichtigsten Faktoren unseres Vereinslebens“. Kurz vorher, am 28. Februar, beim Stiftungsfest des Arbeiterfortbildungsvereins Glauchau, hatte sich Motteler mit gerader programmatischer Klarheit und Bestimmtheit „über die Frau und ihre Stellung im Hause und in der Öffentlichkeit“ ausgesprochen. In einer Rede, deren schwungvolle Rhetorik an die Zeiten der großen französischen Revolution erinnert und auch sonst charakteristisch für die liebevolle Vertiefung in ihre Geschichte ist, verlangte er die volle soziale und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau und ihre Beteiligung an der Arbeiterbewegung. „Wir fordern für die Frauen eine in vernunftgemäßer Ordnung wurzelnde Freiheit des Erwerbes und die volle Entfaltung ihrer natürlichen Fähigkeiten fürs Haus wie für die Öffentlichkeit. Keine Hausflaven für Tisch und Herd, keine Enterbten an Rechten und Pflichten nach außen...“ Die wirtschaftliche Freiheit des Individuums bedingt und ist dessen politische Freiheit. Das Ideal der Emanzipation des weiblichen Geschlechtes kann aber nur verwirklicht werden in der sozialistischen Ordnung der freien Arbeit. Daher Kampf gegen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse, gebrandmarkt durch die bitterste körperliche und geistige Massenarmut, Kampf, der die Pflicht der Frau wie des Mannes ist. Und Sie ganz besonders, meine werthen Zuhörerinnen, ob jung, ob alt, frei oder gebunden, Sie sind dazu berufen, Hand ans Werk zu legen... Wir brauchen Kampfgenossen, wenn auch nicht, wie unsere Ahnen, zu blutiger Schlacht. Ein Kampf ist es aber darum nicht minder hart und ernst, ein Kampf gegen Anmaßung und Vorrecht, ein Kampf der Enterbten gegen die Erbschleicher.“

Diese Rede stellt unseren „roten Postmeister“ in die vordersten Reihen der ersten Vorkämpfer für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes innerhalb der Sozialdemokratie. Sie ist ein glänzendes Zeugnis für die Schärfe, mit welcher er bereits damals vom Standpunkt des Proletariats aus die Frauenfrage erfaßte. Ihr Um und Auf läßt aber gleichzeitig einen Rückschluß zu auf das Verständnis,

welches ihr die zum Klassenbewußtsein erwachenden Arbeiterkreise des Erzgebirges entgegenbrachten. Denn Motteler behandelte gerade die Stellung der Frau, weil der Arbeiterfortbildungsverein Glauchau „es für seine Pflicht hielt, diese wichtigste der offenen Zeitfragen mit zur Sprache zu bringen“. Unter seiner Zuhörerschaft befanden sich viele Frauen und Mädchen, die er „größtenteils so gespannt und sinnend“ vor sich sah. Und die Rede wurde als Flugblatt verbreitet, allerdings leider nicht in ihrem vollen und wesentlichen Gedankeninhalte. Infolge eines stadträtlichen Winkens mit pressgesetzlichen Bedenken gegenüber dem Drucker mußte in dem Flugblatt wie vorher in dem Bericht eines Lokalblattes die Stelle geopfert werden, wo Motteler den Gegensatz geschildert hatte zwischen der Verhimmelung der Frau in der Poesie und ihrer Verflachung als Arbeitstier und Haustier innerhalb der modernen Kultur. Die stadträtliche Weisheit erachtete damals schon wie heute noch die Aufklärung der Proletarierinnen über ihre Lage als „ordnungsgesährlich“. Tatsachen bestätigten ja, daß unter den Frauen und Mädchen, welche dem Textilkapital zinsten und frondeten, die Aufzucht nicht ungehört verhallte, mit den Brüdern gemeinsam für das Recht der Arbeit, das Recht des Menschentums der Arbeitenden zu kämpfen. Die Proletarierinnen hatten durch ihre Betätigung an der international gerichteten Arbeiterbewegung ihre soziale Reife und Mündigkeit erwiesen, sie standen mit in den vordersten Reihen der sich sammelnden proletarischen Klassenkämpfer.

In Grimmitzschau war am 10. Februar 1869 in innerer Verbindung mit der Spinn- und Webgenossenschaft von 300 Genossen eine Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter gegründet worden. Sie setzte ein Komitee ein, welches mit den Vorarbeiten für die Einberufung eines allgemeinen Kongresses der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter betraut wurde. Diesem Organisationskomitee, in dem alle Arten der Textilarbeiter vertreten waren, gehörten zwei Proletarierinnen an: Frau Wilhelmine Weber und Frau Peuschel, Handarbeiterinnen. Am 10. April berief es für die Pfingstfeiertage den geplanten Kongress nach Leipzig ein. Es wendete sich an „alle Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter: als Weber, Tuch-, Buchstin- und Zeugmacher, Wirker und Famentiere, Spinnerei-, Appretur- und Färbereiarbeiter, sowie Fachverwandte jeglicher Stellung und beiderlei Geschlechtes“. Im Auftrage von mehr als 800 Köpfen der benannten Berufsarten in Grimmitzschau bezeichnete es als Zweck des Kongresses, eine „Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechtes“ zu bilden, mit anderen Worten: die bereits bestehende Organisation auf breitere als die lokale Basis zu stellen, zum Verband zu erweitern. Der starke, frische Odem des proletarischen Klassenbewußtseins durchwehte den Aufruf des Komitees, dem Stehfest, Motteler, L. Mehlhorn, H. Albert, Franz in Glauchau und andere angehörten. Und nicht eine leere Formel, der Ausdruck zielklaren Wissens und Wollens war es, daß Proletarierinnen in ihm Sitz und Stimme hatten, und daß an die Textilarbeiter „beiderlei Geschlechtes“ die Mahnung zum geschlossenen Aufmarsch erging. „Denn,“ so erklärte das Komitee, „auch unsere Frauen und unsere Töchter sind hineingerissen und als eine zwiefach schmachvolle Beute schmachvoll preisgegeben in diesem Kriege aller gegen alle.“

Aus der Erkenntnis, daß die Proletarierin der kapitalistischen Ordnung schuhbedürftig und kampfsfähig zugleich gegenübersteht, wurde das Streben geboren, die Frauen als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Mitglieder der Internationalen Gewerkschaft einzugliedern. Bei ihrer Gründung, welche auf der Leipziger Tagung am 15., 16. und 17. Mai erfolgte, erhob der Delegierte Szymanowski die Frage, ob auch die Frauen gleiches Stimmrecht haben sollten. Aus den Berichten über die Verhandlungen des Kongresses erblickt nur indirekt die bejahende Antwort auf diese Frage. Direkt liegt sie in dem Statut der Organisation vor. Nach § 3 war als gleichberechtigtes Mitglied zuzulassen: „jeder Arbeiter der obenbenannten Gewerbe ohne Unterschied des Alters, Geschlechtes und der Verrichtung, sowie jeder Kleinmeister und jede Kleinmeisterin.“ § 4 setzte fest: „Jedes Mitglied ist zu jedem Amte der Genossenschaft wählbar.“ Die weiblichen Mitglieder besaßen also zum Stimmrecht auch das Recht der Wählbarkeit. Bezüglich der materiellen Verpflichtungen gegen die Gewerkschaft, wie der Vorteile, welche sie gewährte, waren sie den männlichen Mitgliedern völlig gleichgestellt. Sie zahlten wie diese 2 Sgr. Eintrittsgeld und 2 Sgr. Monatsbeitrag und bezogen im Falle unverschuldeter Arbeits- oder Erwerbslosigkeit vom ersten Tage an eine Unterstützung von täglich 12 1/2 Sgr.

(Fortf. folgt.)

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Auftrage des Deutschen Textilarbeiterverbandes (süddeutscher Gau) unternahm die Unterzeichnete eine Vortragstournee. Das Thema lautete in allen Versammlungen: „Wer verzehrt den Mehrwert in der Textilindustrie?“ In der Pfalz fanden Versammlungen statt in Sandhofen, Lambrecht und Kaiserslautern. In Sandhofen befanden sich die Arbeiter der Zutespinn- und weberei im Ausstand. Arbeiter und vornehmlich Arbeiterinnen aus aller Herren Länder sind hier zusammengewürfelt; aber trotz der Sprachverschiedenheit war es möglich, einheitliche Lohnforderungen zu stellen. Die Versammlung gab einen neuen Beweis von der Solidarität der internationalen Arbeiterbewegung. — In Lambrecht fanden die Militärtextilweber im Streik. Alte weißbärtige Männer und junge Leute kämpften gemeinsam um minimale Lohnaufbesserungen. Eine neue Verwendung haben die Textilgewaltigen des Ortes für die Angestellten der Wach- und

Schließgesellschaft entdeckt. Dieselben dienen als Transporteure von Streibbrecherinnen. Ein Trupp von 15 Mädchen wird von sieben dieser Angestellten, zwei Genarmen und dem Ortsbüttele hin zur Arbeit und auch heim nach Hause geführt. Man sieht, die „Herren im Hause“ wissen sich zu helfen. — In Kaiserslautern gelang es, nach der gut besuchten Versammlung noch eine Sitzung mit den Frauen und Parteigenossen abzuhalten. Das Ergebnis war die Wahl zweier Genossinnen als Vertrauenspersonen, die in Zukunft dort für unsere Bewegung wirken wollen. — Von Kaiserslautern ging es über Neustadt nach dem Elsaß. Hier fanden Versammlungen in Markkirch, Colmar, Mülhausen und Gebweiler statt. Sämtliche Versammlungen waren sehr gut besucht, so daß das Reden eine Freude war. In Colmar fand die Versammlung in der Kirche des früheren Katharinenklosters statt. Mit besonderer Freude habe ich in diesem Räume den zahlreichen Erscheinenden das Evangelium der proletarischen Solidarität gepredigt und an praktischen Beispielen die Unhaltbarkeit der heutigen Weltordnung bewiesen. — In Markkirch, das in einem engen Tal der Vogesen liegt, schaffen die Appreturarbeiter bei 40 bis 50 Grad Celsius zehn Stunden täglich für einen Wochenlohn von 13,90 bis 16 M. Bei stottem Geschäftsgang blüht das Überstundenwesen in riesigem Maße. Von einem Arbeiter sind schon in zwölf Arbeitstagen 60 bis 80 Überstunden gemacht worden. Es ist gar nichts Seltenes, daß Arbeiter in der Fabrik auf Säden oder sonstigen Lumpen kampieren, weil sie vor Müdigkeit die sehr weiten Wege nach Hause scheuen. An die Agitation im Elsaß schlossen sich Versammlungen im badischen Wiesental. Die Agitation erfaßte folgende Orte: Lörrach, Brombach, Schopfheim, Hausen, Zell und Schönau. In Bädtelein sollte ebenfalls Versammlung sein, doch waren nur drei Arbeiter der Einladung gefolgt. Im Wiesental sind die Verhältnisse, unter denen die Textilarbeiter leben, ganz miserabel; langer Lohn und lange Arbeitszeit sind vorherrschend. Die Arbeitszeit beträgt noch 11, ja zum Teil noch 11 1/2 Stunden, dazu fügen sich häufig Überstunden. Vom 1. Oktober an soll der Zehnstundentag eingeführt werden und eine Sprozentige Lohnherhöhung eintreten. Diese Erregenschaften sind dem Vorgehen des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu danken. — In Schopfheim gelang es, nach der Versammlung eine Frau zu finden, die unter den Proletarierinnen für unsere Sache agitieren und werden will. — Auch in Württemberg sind grauenhafte Verhältnisse unter dem Proletariat der Textilindustrie zu finden. Versammlungen fanden statt in Salach, Hohenstaufen, Klein-Gisingen, Holzheim, Uthingen, Göppingen, Reichenbach, Ebersbach, Kuchen, Jebenhausen, Albershausen, Pfullingen, Wannweil, Reutlingen und Schwäb. Hall. Eine rege agitatorische und organisatorische Arbeit muß hier der Textilarbeiterverband noch entfalten, damit die ausgebeuteten Arbeitermassen zum klassenbewußten Leben erweckt werden. Ein großer Teil von ihnen gehört zu der Kategorie jener Proletarier, von denen Lassalle sagt, daß ihnen erst klar gemacht werden muß, daß es ihnen wirklich schlecht geht. Die entfaltete Agitation hat dem Textilarbeiterverband wie der Parteiorganisation Mitglieder und der Arbeiterpresse Leser gewonnen. Außerdem dürfte sie die schlaftrigen, wankelmütigen und fleingläubigen Mitglieder wacherüttelt und mit neuer Energie und Begeisterung erfüllt haben. So hat auch sie den Kampf gefördert, den das organisierte Proletariat zum Wohle der ausgebeuteten Massen gegen das organisierte Kapital führt. Durch Kampf und Ausdauer zum Sieg! Das muß die Parole der Textilarbeiter sein.

W. Kähler.
Beauftragt von den Verbänden der Fabrik-, Holz-, Tabak-, Textil- und Blumen- und Federnarbeiter und -arbeiterinnen wie von der Kreisleitung des 14. sächsischen Wahlkreises referierte die Unterzeichnete in Jülich, Nürnberg, Schwabach, Altenburg, Lauf, München, Kayna, Schmölln, Altenburg, Pölzig, Großröhrsdorf bei Pulsnitz, Dresden, Geithain, Vorna, Pegau, Groitzsch, Lausitz und Froburg. Auf der Tagesordnung stand in den verschiedenen Versammlungen „Die Kämpfe mit dem Unternehmertum“, „Die Solidarität im Lohnkampfe“, „Freie oder christliche Organisation“, „Die schlechten Löhne in der Textilindustrie und wie sind sie zu beseitigen?“, „Die politischen und sozialen Kämpfe“. Fast in allen Versammlungen schloß sich an den Vortrag eine oft recht lebhaft diskutierte, in welcher Genossen die miserablen Arbeitsbedingungen und das herrische Gebaren der Unternehmer geißelten. Gegner griffen in die Debatten nicht ein, obwohl sie mancherorts zahlreich vertreten waren. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen gut, doch hätte er hier und dort angesichts der traurigen Lebenslage der Arbeiter noch besser sein können; so in Dresden, wo die Ortsverwaltung des Verbandes der Blumen- und Federnarbeiter und -arbeiterinnen kein Opfer für die Vorbereitung der Versammlung gescheut und allein Tausende von Handzetteln an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gewerbe verteilt hatte. Besonders erfolgreich waren ein Stiftungsfest in Pölzig, an dem Hunderte von Arbeiterinnen teilnahmen, und eine Versammlung für Textilarbeiter in Großröhrsdorf bei Pulsnitz, die erste, welche der Textilarbeiterverband dort abhielt, wo die Textilarbeiter unter den denkbar schlechtesten Verhältnissen lebt. Verheiratete Arbeiter erhalten 8, 9, 10 und 14 M. die Woche, Arbeiterinnen 4,50 bis 10 M., ein Wochenlohn von 12 M. ist eine Seltenheit. Ein altes Ehepaar, das in der Heimarbeit frondet, kommt auf einen Gesamtverdienst von sage und schreibe 3 bis 4 M. die Woche. In Vorna erhalten die Arbeiterinnen wöchentlich 4,50 bis höchstens 9 M. Die furchtbare Ausbeutung verächtet die Proletarier

und Proletarierinnen allerorts mehr und mehr auf und treibt sie zur Organisation. Die Stimmung war in fast allen Versammlungen vorzüglich. Mit großer Begeisterung wurden Resolutionen angenommen, welche die Genossen und Genossinnen verpflichten, für die Förderung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Sorge zu tragen und die Arbeiterpresse zu lesen. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit und dem Ziele des proletarischen Klassenkampfes wächst und wurzelt immer fester ein. Marie Wadwig.

In Neustadt a. d. Hardt fand Anfang Oktober eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher Genossin Baumann-Altona über „Rechte und Pflichten der Frau im Kampf um's Dasein“ referierte. Die zahlreiche Versammlung, insbesondere die vielen anwesenden Frauen, nahmen das Referat mit Interesse und Beifall entgegen. Genossin Baumann ermahnte die Anwesenden, nur die sozialdemokratische Presse zu lesen, und empfahl den Frauen das eifrige Studium der „Gleichheit“, welche sofort von 23 Genossinnen abonniert wurde. Lina Horn.

Über „Die Schäden der Lebensmittelverteuerung für die Familie“ referierte in der Mitte September Genossin Baader-Berlin in einer Versammlung zu Hof, die sowohl von Männern als insbesondere von Frauen massenhaft besucht war. Nach Schluß der Veranstaltung hielt Genossin Baader eine Besprechung mit den Genossinnen ab. Sie gab ihnen verschiedene Winke für die Förderung der proletarischen Frauenbewegung, welche dankbar akzeptiert wurden und die hoffentlich beherzigt werden. Es tut not, daß die Frauen der Arbeit in dem industriereichen Oberfranken beginnen, an dem Emanzipationsringen ihrer Klasse teilzunehmen. In der Versammlung wurden eine größere Anzahl Pünspennigbons für die Partei verkauft und 40 Neuanmeldungen zur Zahlung freiwilliger Beiträge an die Partei aufgenommen, so daß die Zahl der Genossinnen in Hof, welche sich auf diese Weise zur Partei bekennen, jetzt 237 beträgt. Dieser vielversprechende Anfang beweist, daß die sozialistischen Ideen unter den Proletarierinnen mehr und mehr Eingang finden. Joh. Böckel.

Die Beteiligung der Genossinnen am letzten sozialdemokratischen Parteitag war bei weitem größer als bei irgend einem seiner Vorgänger. 31 weibliche Delegierte nahmen an ihm teil. Wir geben in folgendem die Namen der Delegierten und der Wahlkreise beziehungsweise der Organisationen, die sie vertraten: Baader-Berlin, Baumann-Altona-Stormann, Bäumer-Testow-Beslow, Boffe-Bremen, Braun-Frankfurt-Lebus, Deuper-Essen, Ged-Offenburg, Greifenberg-Augsburg, Grünberg-Nürnberg, Hagen-Regensburg, Hernowky-Wittenberge, Hoffmann-Mannheim, Horn-Neustadt a. d. Hardt, Kähler-Bromberg, Luxemburg-Bromberg, Posen-Stadt und Land, Mahn-Magdeburg, Matsche-Berlin, Müller-Köln, Stadt und Land, Neumann-Niederbarnim, Niendorf-VII. Schleswig-Holsteinscher Wahlkreis, Nowagroski-Königsberg i. Pr., Plum-Gelsenkirchen-Desseln, Schönfelder-VI. Schleswig-Holsteinscher Wahlkreis, Schradin-Gannstatt-Ludwigshagen, Schulze-Frankfurt a. M., Stuck-Füterbeck-Ludewalde, Voigt-Ebersfeld, Bengels-Berlin, Wehmann-XI, XII, XIII und XIV, sächsischer Wahlkreis, Zetkin-Stuttgart, Mitglied der Kontrollkommission, Zieh-Hamburg I. Unter den ausländischen Gästen des Parteitags befanden sich drei Genossinnen, Genossin Popp-Wien als Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Österreichs, Genossin Balabanoff als Delegierte der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und Genossin Wibaut-Amsterdam als Beauftragte der holländischen Sozialdemokratie. An den hochwichtigen Debatten über die Frage des Massenstreiks und des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften beteiligten sich mit vortrefflichen Ausführungen die Genossinnen Zieh und Luxemburg. Genossin Zieh begründete außerdem die von der Frauenkonferenz angenommene Resolution betreffend Kinderzuschuss und Kinderfürsorge. Genossin Zetkin referierte mit Genossen Schulz zusammen zum Punkt „Vollverziehung und Sozialdemokratie“. Die Genossinnen Wibaut und Balabanoff begrüßten den Parteitag im Namen der ausländischen sozialdemokratischen Parteien, welche sie vertraten.

München. Am 29. September starb in Josefium zu München unser Mitglied Frau Lea Heiden im Alter von 29 Jahren. Genossin Heiden war Mitbegründerin und eifriges Mitglied unseres Vereins. Sie ließ sich besonders die Verbreitung der „Gleichheit“ recht angelegen sein, aber auch sonst hat sie eifrig die Entwicklung der Organisation zu fördern gesucht. Die Genossinnen werden ihrem Wirken ein ehrenvolles Gedächtnis bewahren.

Der Gesamtausschuß des Frauen- und Mädchenbildungsvereins für München und Umgebung.
Lea Heiden-Deutschmann †. In tiefer Bewegung fügen wir der Nachricht von dem frühen Hinscheiden unserer Genossin Heiden-Deutschmann in München einige Worte zu ihrem Gedächtnis hinzu. Mit ihr sind uns viel liebe und stolze Hoffnungen zu Grabe getragen worden. Genossin Heiden zählte zu den fähigsten, geschuldesten und charaktervollsten jungen Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung. Sie hat sich ihr mit selbstloser Unermüdblichkeit gewidmet und würde ihr noch viel mehr gegeben haben. Seit Genossin Heiden als junge Handelsangestellte vor ungefähr zehn Jahren in den Bannkreis des sozialistischen Ideals geriet, hat sie rastlos um Läuterung ihrer Erkenntnis gerungen, ist sie, ohne nach den Opfern zu fragen, für ihre Überzeugung eingetreten. Ihre Betätigung in deren Dienst begann in München und endete in München, dazwischen liegt ein verdienstvolles Wirken in Frankfurt a. M. und Berlin. In beiden Städten, wie zuletzt auch in München, ist Genossin Heiden in den Frauenbildungsvereinen hervorstechend tätig gewesen, sie hat außerdem in Frankfurt a. M.

das Amt der Vertrauensperson bekleidet. Überall ließ sie sich zusammen mit der Verbreitung allgemeiner Bildung und politischer Schulung unter den Proletarierinnen die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen angelegen sein, besonders suchte sie den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Lohnsklavinnen des Handelsgewerbes zu fördern. Sie hat für das sozialistische Ideal in Vorträgen gekämpft wie mit der Feder: „Vorwärts“, „Neue Zeit“ und „Gleichheit“ haben manchen trefflichen Beitrag von ihr veröffentlicht, und noch harret eine fertige Arbeit von ihr des Abdrucks in unserem Blatte. Aber um die Schwere des Verlustes zu ermessen, die ihr Tod für die proletarische Frauenbewegung bedeutet, genügt es nicht zu wissen, was Genossin Heiden gewirkt hat. Dazu muß man ihr persönlich nahe gestanden sein und die Lauterkeit der Gesinnung gekannt haben, mit der sie ihre Überzeugung vertrat, die leidenschaftliche Hingabe, die eiserne Willenskraft, mit der sie ihr diente. In heißen äußeren und inneren Kämpfen hat sie sich selbst finden müssen. Aber sie hatte das Glück, zugleich eine feste, in sich geschlossene Weltanschauung im Sozialismus gefunden zu haben, und so ist sie über Steine und durch Dornen gewandert — oft müden Fußes und blutenden Herzens, aber nie mutlos, nie rückwärts, sondern mit stetig wachsenden geistigen und sittlichen Kräften aufwärts. Mit seltener Energie hatte sie sich in ihren langen Mußestunden eine gute Allgemeinbildung, ein großes Maß Wissen und theoretische Schulung auf dem Gebiet der sozialen Wissenschaften errungen. Es wäre ihr ein leichtes gewesen, sich eine bürgerlich angesehene, einträgliche Stellung zu schaffen, sie aber ließ die Rücksicht auf eine solche hinter dem glühenden Drange zurücktreten, den Emanzipationskampf des Proletariats immer besser gerüstet mitzukämpfen zu können. Der Tod hat sie aus einer Fülle begonnener Arbeiten gerissen, durch die sie unsere Bewegung zu fördern hoffte.

Die leidenschaftliche Kämpferin war eine zärtliche, treue, besorgte und einsichtsvolle Mutter. Wie leuchteten ihre Augen, wenn sie von ihrem Knaben sprach, welche echte Wärme des Gefühls wehte aus ihren Zeilen, wenn sie von seiner Entwicklung schrieb. In aufrichtiger Trauer fühlen wir uns mit Genossen Heiden und den Freunden der Verstorbener verbunden, die ihr frühes Grab umstehen. Als Persönlichkeit und als Kampfesgenossin wird uns Genossin Heiden unvergeßlich bleiben.

Politische Rundschau.

Das deutsche Volk bekommt heute schon alle Säbigkeiten der Politik der Lebensmittelverteuerung und der Grenzsperrung bis auf die Neige zu kosten. Die Fleischpreise sind abermals gestiegen. Allerhand Körperchaften haben schon dagegen remonstriert, aber die Regierung rührt sich nicht, um durch Öffnung der Grenzen mehr fremdes Vieh hereinzulassen. Immer wieder wird von den Agrariern die Seuchengefahr vorgeschützt, trotzdem es nachgewiesen ist, daß das Deutsche Reich mindestens ebenso versucht ist wie die Nachbarländer. Den Herrn Landwirtschaftsminister v. Poddski fächten die Klagen des Volkes nicht an. Sein widerstandsfähiger Bauch hat schon ganz anderen Stößen widerstanden. Aber selbst dann, wenn er auf Grund seiner kolonialwirtschaftlichen Geschäftsbetätigung durch das Medium seiner geschäftskundigen Frau in nächster Zeit veranlaßt werden sollte, sich ausschließlich denjenigen Privatbeschäftigungen zu widmen, in denen er unbestrittene Meisterschaft erlangt hat, nämlich der Schweinezucht und dem höfischen Stutzspiel, so wird nur ein anderer Agrarier an seine Stelle gesetzt werden, der die nämliche volksfeindliche agrarische Politik der Lebensmittelverteuerung weiter betreiben wird mit oder ohne Grazie.

Großer Jubel erdröhnt fortgesetzt in bürgerlichen Kreisen wegen der Ernennung des Vandalen Dornburg zum Direktor des Kolonialamts an Stelle des abgetretenen Erbprinzen v. Hohenlohe. Sicher ist von der gepriesenen Geschäftskundigkeit dieses Mannes zu erwarten, daß er der unglaublichen Schlampererei in der Verwaltung des Kolonialwesens ein Ende machen, an Stelle einiger unfähiger Bureauren andere Kräfte berufen, den Lieferanten besser auf die Finger passen und so dem Reiche jährlich ein paar Millionen ersparen wird. Aber wird denn deshalb mit dem bisherigen Kolonialsystem aufgeräumt werden? Wird deshalb die Knechtung und Ausbeutung der Eingeborenen, jene Quelle aller Kolonialgüter, beseitigt werden? Sicher nicht! Darin beruht ja das Wesen des kapitalistischen Kolonialsystems überhaupt. Und im Grunde ihres Herzens sind die bürgerlichen Kolonialkritiker mit dieser Knechtung und Ausbeutung durchaus einverstanden. Profite machen in den Kolonien, ohne daß die Ausgebeuteten durch viel Wehgeschrei die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Prozeß lenken, das ist ihr Programm, auf dessen Humanität und Christlichkeit sie sich nicht wenig zugute tun. Dafür ist Herr Dornburg ihrer Auffassung nach der richtige Mann, deshalb jubeln sie ihm zu, deshalb wird aber auch die Sozialdemokratie um so schärfer und energischer das kapitalistische Kolonialsystem bekämpfen müssen gegen den Vandalen Dornburg a. D. und die Bureaokratie, wie gegen deren Bundesgenossen in den bürgerlichen Parteien.

Der reiche Schatz klassenstaatlicher Urteile gegen Arbeiter ist jetzt durch den Ausgang des Prozesses wegen des sogenannten Breslauer Krawalls um eine bemerkenswerte Nummer bereichert worden. Der Gerichtshof hat es wirklich fertig gebracht, eine Anzahl Arbeiter nicht nur wegen „Auflaufs“, sondern sogar wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung zu Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten zu verurteilen, trotzdem der § 153 nur zur Verurteilung wegen Vergehens zur Erringung günstiger Lohnbedingungen handelt. In Breslau lag aber den Streitigkeiten eine Aussperrung zugrunde. Durch welche künstliche Interpretation nun diese

Aussperrung in einen Streik umgedeutet ist, wird man erst aus der Begründung des Urteils ersehen können. Nur auf Grund eines Streiks könnte aber der § 153 zur Anwendung gebracht werden, sofern natürlich überhaupt irgend welche „Vergehen“ nachweisbar sind. Also wegen des zweifellosen Sinnes des § 153 kann jene richterliche Interpretation unmöglich einer objektiven Prüfung standhalten. Es mag bei der Gelegenheit nochmals konstatiert werden, daß unsere in Aufführung von Arbeitervergehen so überaus rührigen und sündigen Behörden den Schutzmännern, der dem Arbeiter Biemwald die Hand abgehakt hat, noch immer nicht haben ausfindig machen können.

Es hat abermals eine staatsmännische Kraft es für zeitgemäß gehalten, gegen das allgemeine, gleiche und direkte Reichstagswahlrecht vorzugehen. Es ist diesmal niemand anderes als der betriebssame Oktavio, Freiherr v. Jedlich und Neulirch, der im Scherischen „Tag“ erörterte, was wohl zu geschehen hätte, wenn bei den kommenden allgemeinen Reichstagswahlen die Sozialdemokratie abermals große Fortschritte machen sollte. Oktavio kommt zu dem Schluß, daß dann alle ordnungsliebenden, wohlgesinnten und ehrenhaften Männer im Reich der Gottesfurcht und guten Sitte sich zu der Abschaffung des gegenwärtigen Reichstagswahlrechts zusammenschließen müssen. Es ist ja gar nicht ausgeschlossen, daß Oktavio mit Recht auf die Feigheit und Beschränktheit des Bürgertums zur Durchsetzung seiner Reaktionspläne spekuliert. Das wird natürlich die Sozialdemokratie nicht abhalten, mit aller Macht auf die Erringung des von Oktavio befürchteten Sieges hinzuwirken. Will dann der Freiherr sein Helbenstückchen versuchen, so wird er die deutsche Sozialdemokratie gerüstet finden, um seine und seiner Kumpane Pläne zuzuschanden zu machen.

In seiner neuesten Rede — oder war es die letzte oder vorletzte? — hat Kaiser Wilhelm II. den aufstrebenden Offizieren und Hofleuten verkündet: „Schwarzseher dulde ich nicht!“ Besorgt fragt man in bürgerlichen Kreisen, welche Sorte von Schwarzsehern damit gemeint sei. Nahezu von allen Seiten wird protestiert, daß man ihnen doch die Schwarzseherei nicht verwehren könne. Uns Sozialdemokraten beirrt das ja nicht im geringsten, was Kaiser Wilhelm II. duldet oder nicht. Das hat für unser Staatsleben gar keine Bedeutung. Und nur insofern Wilhelm II. auf Grund staatsrechtlicher Bestimmungen sich in Ausübung irgend welcher ihm in Staat oder Reich zugewiesener Funktion befindet, kommt das, was er sagt oder tut, in Betracht. Seine sonstige Lebensbetätigungen mögen Interesse haben für Leute, die sich psychologischen Studien hingeben, in unserem politischen Leben haben solche Notierungen aber keinen Kurs. Wenigstens ist das die sozialdemokratische Auffassung.

Die Nationalliberalen haben in Goslar ihren Parteitag abgehalten. Diesmal erregte diese Veranstaltung außerhalb des Kreises der Wassermannschen Gestalten etwas mehr Interesse als sonst, weil kurze Zeit vorher im Lager der nationalliberalen Partei selbst sich lärmender Unwille über die antiliberalen Politik der Fraktion Drehscheibe hörbar gemacht hatte. Die sogenannten Jungliberalen hatten sich gegen die Politik der Schulverpflanzung, der Lebensmittel- und Verkehrsverteuerung gar mächtiglich erdreistet. In Goslar gaben denn auch einzelne Junge diesem Mißbehagen Worte. Der Widerhall, den sie bei den 700 Teilnehmern fanden, war aber äußerst schwach. Donnernden Beifall erzielten dagegen die Hieber, Paasche, Wassermann und Friedeberg mit ihrer Verherrlichung der schwammigen „Nationalpolitik“ dieses defizienten Bürgertums. Von Liberalismus war kaum noch die Rede. Die sächsischen „Jungen“ leisteten demütig Abbitte für ihre Unbegehrlichkeit, und dann wurde gegen 20 Stimmen eine Resolution angenommen, die sich nach den gegebenen Aufklärungen mit der Haltung der Fraktion im Reichstage und preussischen Landtage völlig einverstanden erklärte. Das Resultat ist die Festlegung der nationalliberalen Partei auf die agrarische Interessenpolitik. In den westdeutschen Bauern evangelischer Konfession suchen sich die Nationalliberalen die reale Grundlage ihrer Partei zu sichern, wie das Zentrum in der katholischen, die Konservativen in der ostelbischen verjunkerten Landbevölkerung die Stütze ihrer Macht haben. Nebenbei ward auf Empfehlung des lischpapiernen Reaktionsars Pahig hin noch ein bißchen Kleinbürgerkloberei durch Besürwortung zünftlerischer Bestrebungen getrieben. In ihrer praktischen Politik werden sich die Nationalliberalen aber auch künftig von den Freikonservativen und Deutschkonservativen nur durch Nuancen, nicht durch Grundsätze unterscheiden. So etwas gestehen diese Mannesgeelen natürlich nicht gern offen ein. Deshalb ging ein verzweifelter Angstschrei durch ihre Reihen, als einem Herrn Kremer-Hagen das Eingeständnis entfuhr: „Die Wähler sind für die konfessionelle Schule.“ (Stürmische Unterbrechung.) Wenn wir eine andere Politik trieben, dann würden wir den städtischen Mittelstand und die Landbevölkerung verlieren. Letztere ist hocherfreut, daß wir teure Lebensmittel, insbesondere hohe Fleischpreise haben.“ (Stürmische Unterbrechung. Ruf: Si tacuisses!) Das: Si tacuisses! (O, hättest du doch geschwiegen!) das sich dem angstgepreßten Herzen der Zuhörer entrang, ist das Eingeständnis der Richtigkeit der Kremerschen Behauptung mit der gleichzeitigen Verwahrung gegen die öffentliche Kundmachung dieses Eingeständnisses. Aber in der Presse und in Volksversammlungen wird man es hoffentlich noch oft genug den heuchlerischen Brotwucherern um die Ohren schlagen, auf daß sich auch bei den Wahlen 1908 die Prophezeiung bewahrheiten möge, die ein anderer Teilnehmer des Parteitags, Dr. Koch-Mannheim, für den Fall sofortiger Neuwahlen wagte, daß nämlich dann die nationalliberale Partei ihre meisten Mandate verlieren würde. Eine so jammerfelle Partei, die sich an

keinerlei Grundsätze gebunden hält, hat tatsächlich jede Existenzberechtigung verwirkt. Sie ist in dem Betriebe der deutschen Politik nur noch die bürgerliche Schutztruppe der Reaktion. Sind ihre Bundesbrüder, die konservativen Junker, Reaktionsäre ohne Phrase, so sind die Nationalliberalen Reaktionsäre mit Phrase. Sie übergießen noch dazu ihr reaktionäres Getue nur noch mit einer Phrasenbrühe feichtester Art. G. L.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der kräftige wirtschaftliche Kampf, den die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1905 geführt haben, ist durch Zahlen in der Reichsstatistik veranschaulicht worden, die nunmehr vorliegt. Befanlichlich weicht die von Reichs wegen aufgenommene Streitstatistik von derjenigen der Gewerkschaften immer erheblich ab. Indessen ist doch das Gesamtbild, das sie gibt, annähernd zutreffend. Nach dieser Statistik haben im letzten Jahre die Arbeitseinstellungen in Deutschland an Zahl sowohl wie an Umfang bedeutend zugenommen. Interessant ist ein Vergleich mit den Vorjahren. Nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes fanden im ganzen 2448 Streiks (1904 1908) statt; 45 Streiks waren schon vor dem 1. Januar 1905 begonnen worden, 2408 wurden vor dem 31. Dezember 1905 beendet. Eine Gegenüberstellung der Ausstände in den fünf Jahren 1901 bis 1905 zeigt folgendes Bild:

Jahr	Beendete Streiks	Betroffene Betriebe	Streifenbe		Gegungen Personen
			Absolute Zahl	In Prozent der in den Betrieben beschäftigten	
1901	1056	4 561	55 262	89,1	7 420
1902	1060	3 487	53 912	41,1	6 272
1903	1374	7 000	85 608	48,1	13 811
1904	1870	10 821	113 480	41,5	6 788
1905	2408	14 481	408 145	52,5	12 015

Von den 2408 Streiks, die im Jahre 1905 beendet wurden, waren 2212 (1904 1888) Angriffstreiks und 191 (1904 232) Abwehrstreiks. 3665 Betriebe wurden durch Streik zu völligem Stillstand gebracht, und in 12 820 Unternehmen erstreckte sich die Streikbewegung auf den ganzen Betrieb. Von den 2408 Streiks hatten 22 Prozent vollen, 40,4 Prozent teilweisen Erfolg und erfolglos verliefen 37,6 Prozent. In 424 Fällen haben die Arbeitsstreitigkeiten zur Anrufung der Staatsanwaltschaft geführt, in 544 Fällen ist die Polizei zu Hilfe gerufen worden. Die von den Arbeitgebern verfügten Aussperrungen haben zugenommen. Im Jahre 1905 wurden ihrer 263 gezählt (1904 192), die 118 605 Arbeiter und Arbeiterinnen (1904 23 760) betrafen. Als Gesamtergebnis ergibt die Statistik, daß in 18 340 Betrieben 526 810 Arbeiter und Arbeiterinnen infolge von Streiks und Aussperrungen gefesselt haben. Die deutsche Scharfmacherpresse heulmeiert natürlich in beweglichen Tönen über den Schaden, den die deutsche Industrie (soll heißen: die deutschen Kapitalisten) durch die wirtschaftlichen Kämpfe erlitten hat. Daß die deutsche Industrie trotz aller Kämpfe recht wohl gefahren ist, dafür spricht, daß der Wirtschaftsmarkt 1905 wahrlich nicht schlechter belebt war als im Vorjahr und daß die deutsche Industrie nach wie vor namhafte Aufträge hat. Aus dem ewigen Schüren und Hehen gegen die aufwärtsstrebende Arbeiterklasse spricht nur Haß und Furcht ob deren Heranwachsen zu wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit und Reife. Die Kapitalistenklasse und ihre wissenschaftlichen wie journalistischen Söldlinge können nicht vermeiden, daß das kämpfende Proletariat der kapitalistischen Ausbeutung Schranken zu ziehen beginnt und zur Aufhebung der Ausbeutung selbst auf dem geschichtlichen Blachfelde steht. — Die Unternehmer haben es einstweilen, solange die kapitalistische Ordnung besteht, nicht nötig, über ihren Ruin zu jammern. Sie haben vom wirtschaftlichen Aufschwung mehr profitiert als die Arbeiter, das beweisen unter anderem die vielfach geradezu sabelhaft gestiegenen Dividenden. Die Arbeiterklasse erblickt in diesen Dividenden mit Recht die Frucht ihrer mühevollen Arbeit, eine Frucht, die ihr die kapitalistische Ordnung entreißt, um sie tagdiebenden Couponschneidern in den Schoß zu werfen. Sie fühlt sich daher durch den Hinblick auf sie angestachelt zum kraftvollen Kampfe für materielle und kulturelle Hebung ihrer Lage in der Gegenwart und volle Befreiung von Ausbeutung und Knechtung in der Zukunft. Beschämt müssen die der Organisation Fernstehenden angesichts des Kampfes und seiner Erfolge zur Seite treten. Sie können sich nicht rühmen, ihr bescheidenen Teil zu dieser Kulturarbeit mit beigetragen zu haben.

Wie in Deutschland, so findet auch im Ausland eine besonders lebhafteste Lohnbewegung unter den Textilarbeitern statt. Es seien einige der betreffenden Löhnerbewegungen erwähnt. 26 000 organisierte Textilarbeiter und -arbeiterinnen haben in Massachusetts (Vereinigte Staaten von Nordamerika) eine Bewegung mit vollem Erfolg durchgeführt. In Belgien streiken 20 000 und in Holland 7000 Textilarbeiter. In dem italienischen Textilbezirk Legnano haben 12 000 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Arbeitszeitverkürzung von 11 auf 10 Stunden ohne Streik errungen. In Nordmähren erzielte eine größere Bewegung, an der 1700 Personen beteiligt waren, Lohnerhöhungen bis zu 18 Prozent. Wir gehen gewiß mit der Annahme nicht fehl, daß der Internationale Textilarbeiterkongress aneisend auf die Lohnsklaven der einschlägigen Industrie gewirkt hat, sich bessere Existenzbedingungen zu erkämpfen. Lebhaften Kampfesmut zeigen auch die deutschen Textilarbeiter weiter, wenn auch an ihren einzelnen Be-

wegungen nicht so große Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen beteiligt sind. In Augsburg und Elms-horn, in Verdau, Schmölln, in der Wirkwarenbranche des Erzgebirges, in Pöbneck, Sagan, Braunschweig, im Elfaß usw., überall tatkräftige, meist erfolgreiche Vorstände gegen das Unternehmertum um Lohnverbesserungen und um den Zehnstundentag. Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes hat ein Verzeichnis aller rednerisch-agitatorisch tätigen Verbandsmitglieder herausgegeben, das die Agitation sicherlich fördern wird. — Auch der christliche Verband der Textilarbeiter hat, wie das seine kürzlich abgehaltene Generalversammlung zeigte, verhältnismäßig gut an Mitgliedern zugenommen. Er zählte 83 598 Mitglieder gegen 23 037 im Vorjahr. Zu den bereits angestellten 16 besoldeten Beamten wird sich eine weibliche Kraft gesellen, welche die Agitation unter den Arbeiterinnen betreiben soll. Der Beschluß sei vielen unserer Gewerkschaften zur Nachahmung empfohlen.

Der Fabrikarbeiterverband veranstaltete unter den Glühstrumpfarbeiterinnen eine energische Agitation, um eine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. In dieser Industrie, die in den letzten Jahren stark emporblühte, werden allein in Berlin schätzungsweise 3000 Arbeiterinnen beschäftigt. Es steht also ein ergiebiges Agitationsfeld offen.

Im Buchbindergewerbe sind nach den großen Kämpfen in Berlin, Stuttgart und Leipzig nun Lohnbewegungen in vielen anderen Orten im Gange, so in München, Nürnberg, Hannover und Pforzheim. Soweit diese Bewegungen ihren Abschluß gefunden haben, sind sie leider nicht von besonderem Erfolg begünstigt gewesen.

Die Buchdrucker haben ihre Tarifverhandlungen abgeschlossen. Die Minimallohne sind um etwa 10 (statt der geforderten 15) Prozent erhöht worden, die geheißte Verkürzung der Arbeitszeit lehnten die Prinzipale ab, sie standen nur für den Sonnabend einen um eine halbe Stunde früheren Arbeitschluß zu.

Ein großer Erfolg russischer Arbeiterinnen darf zum Schluß nicht unerwähnt bleiben. In Odessa haben 1600 Arbeiterinnen durch einmütigen Ausstand einen vollen Sieg errungen. Dort besteht eine große Korbindustrie, die vorwiegend Arbeiterinnen beschäftigt. Die Arbeiterinnen verlangten nun eine Erhöhung der sehr niedrigen Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Strafzüge und Beseitigung verschiedener anderer Mißstände. Nach sechs-wöchigem Streit, in dem jugendliche Mädchen neben Greisinnen treu zur Fahne hielten, wurde der Sieg errungen. Das gab einen Anstoß zur Gründung einer Gewerkschaft und eines Gewerkschaftsblattes. Überall Kampf und Erfolg! Es ist eine Lust zu leben in dieser kampfes-frohen Zeit des Klassenbewußten Proletariats! #

Notizenteil.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens.

Eine weitere Zunahme der Industriearbeiterinnen weisen die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1904 aus. In diesem Jahre waren der Gewerbeaufsicht im Deutschen Reich unterstellt 215 279 Fabriken und Werkstätten. In diesen Betrieben waren beschäftigt 4100 Mädchen unter 14 Jahren, 127 484 Mädchen zwischen 14 bis 16 Jahren, 379 179 Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahren, 608 929 Arbeiterinnen über 21 Jahren, im ganzen 1 119 692 weibliche Arbeitskräfte, also über eine Million. Von einzelnen Industrien, in denen die Frauenarbeit besonders dominiert, führen wir an: In der Textilindustrie waren beschäftigt 377 773 Arbeiterinnen über 16 Jahre, 44 296 zwischen 14 und 16 Jahren, 1701 Mädchen unter 14 Jahren. Die entsprechenden Zahlen sind für die Papierindustrie: 49 116, 7532, 187; Zigarrenbranche: 75 759, 9830, 867; Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe: 82 453, 10 324, 244; Kleider- und Wäsche-fabrikation: 91 377, 19 030, 475. Es sei ausdrücklich vermerkt, daß die in nichtinspektionspflichtigen Betrieben beschäftigten gewerblichen Arbeiterinnen, ebenso die vielen Heimarbeiterinnen in den vorstehenden Zahlen nicht mit inbegriffen sind. Immerhin sind sie groß genug, um zu zeigen, wie wichtig der weitere Ausbau des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes und die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen ist.

Dienstbotenfrage.

Ein Dienstvertrag zum Schutze der Dienstmädchen. Auf Veranlassung der Berliner Genossinnen hat Genosse Stadthagen einen Dienstvertrag ausgearbeitet, der geeignet ist, die Interessen der Dienenden soweit zu schützen, als sie angesichts ihrer rechtlichen Ausnahmestellung gewahrt werden können. Alle Organisationen von Dienenden sollten ihren Mitgliedern empfehlen, nur auf Grund dieses Vertrags ein Dienstverhältnis einzugehen. Wir lassen den Vertrag im Wortlaut folgen:

Gesindevertrag.

Zwischen (Herrschaft) und (Mädchen) wird unter ausdrücklicher Genehmigung des Vaters (der Mutter, des Vormundes) der Minderjährigen . . . folgender Vertrag geschlossen:

Es tritt die . . . vom 1. April 1907 ab als Dienstmädchen (Möchin, Stubenmädchen) bei dem . . . in Stellung. Als Entschädigung wird vereinbart: Freie Wohnung, freie Kost und ein wöchentlich (monatlich) am Ende jeder Woche (jeden Monats) zahlbarer Barlohn von . . . Das dem Mädchen

einzuräumende Zimmer steht zu seiner alleinigen Verfügung, muß ein nach außen gehendes Fenster haben und mit Kleiderschrank und Kommode versehen sein. Dem Mädchen ist eine Nachtruhe von mindestens acht aufeinanderfolgenden Stunden sowie ferner je eine Stunde zum Einnehmen der Mittag- und Abend- und je eine halbe Stunde zum Einnehmen der Frühstück- und Vespermahlzeiten zu gewähren. Die Arbeitszeit darf zwölf Stunden nicht überschreiten, in der Regel nicht vor 7 beginnen und nicht nach 9 Uhr stattfinden.

Mädchen unter 18 Jahren ist mindestens alle 14 Tage am Sonntag für die Zeit von 2 bis 10 Uhr nachmittags, Mädchen über 18 Jahren alle 14 Tage am Sonntag für die Zeit von 8 Uhr nachmittags ab freie Zeit zu gewähren, und der Hauschlüssel ist dem Mädchen einzuhandigen. Jede Woche ist dem Mädchen ein freier Nachmittag von mindestens vier aufeinanderfolgenden, vor 8 Uhr abends liegenden Stunden für seine persönlichen Einkäufe oder Arbeiten zu gewähren.

Der Vertrag soll auf unbestimmte Zeit gelten, und es soll jedem Teil jederzeit freistehen, den Vertrag spätestens am 15. jeden Monats zum 1. des folgenden Monats (oder spätestens sechs Wochen vor dem Quartalsersten zum Quartalsersten) zu kündigen.

Dem Mädchen steht außerdem das Recht frei, jederzeit den Dienst zu verlassen. Doch ist es verpflichtet, einen Schadenersatz von 3 Mk. zu zahlen, falls kein Grund vorliegt, der es nach dem Nachstehenden berechtigt, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aufzuheben.

Ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kann die Herrschaft den Vertrag nur in folgenden Fällen aufheben: 1. Wenn das Gesinde eines Diebstahls, einer Unterschlagung, eines Betrugs oder eines unsittlichen Lebenswandels sich schuldig macht.

2. Wenn es trotz wiederholter Ermahnung ohne Grund sich beharrlich weigert, den Dienstverpflichtungen nachzukommen.

3. Wenn es mit Feuer und Licht trotz Verwarnung wiederholt unvorsichtig umgeht.

4. Wenn es Tätlichkeiten oder grober Beleidigungen gegen die Herrschaft oder deren Familienmitglieder sich schuldig macht.

5. Wenn es auf länger als die Kündigungsfrist durch Krankheit, Freiheitsstrafe oder andere Gründe zur Ausübung des Dienstes unfähig wird.

Ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kann das Gesinde aus folgenden Gründen den Vertrag aufheben:

1. Wenn die Dienstherrschaft, deren Angestellte oder deren Familienmitglieder sich Tätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen das Gesinde oder Mitglieder ihrer Familie zuschulden kommen läßt.

2. Wenn die Herrschaft das Gesinde zu Handlungen verleitet oder zu verleiten sucht, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten laufen, oder das Gesinde vor solchen Zumutungen anderer, die zur Familie gehören oder im Hause regelmäßig Zutritt haben, nicht schützen kann oder will.

3. Wenn die Herrschaft dem Gesinde den Barlohn nicht in bar oder nicht voll auszahlt oder über die Verfallszeit hinaus vorenthält oder anständigen Unterhalt verweigert.

4. Wenn durch die Fortsetzung des Vertrags die Gesundheit, die Sittlichkeit oder der gute Ruf des Gesindes bedroht wird.

Die zugunsten der Herrschaft unter Nr. 1 bis 4 sowie die zugunsten des Gesindes unter Nr. 1 bis 3 aufgeführten Gründe müssen spätestens innerhalb einer Woche geltend gemacht sein, nachdem sie zur Kenntnis des zur Aufhebung Berechtigten gekommen sind.

Die Parteien vereinbaren ferner: Für diesen Vertrag und für etwaige Streitigkeiten aus demselben sollen neben den Bestimmungen dieses Vertrags selbst lediglich die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Dienstvertrag insbesondere auch da zur Anwendung gelangen, wo sie von den Vorschriften der Gesindeordnung abweichen. Die Vorschriften der Gesindeordnung gelten für dies Vertragsverhältnis nicht. Der (Dienstherr) erklärt ausdrücklich, daß er auf ein etwa ihm zustehendes Recht, Bestrafung wegen Verletzung des Vertrags anzutragen, verzichtet. Ebenso anerkennt er, daß ihm kein Recht auf die Stellung eines Antrags auf Zurückführung oder Zuführung des Gesindes zum Dienst zusteht.

Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag sowie aus dem Vertragsverhältnis ist nach Aufhebung desselben das Amtsgericht zuständig. Keine von beiden Parteien ist verpflichtet, vor Beschreitung des Rechtsweges sich an die Polizeibehörde zu wenden. Entstehen während des Vertragsverhältnisses zwischen den Parteien Streitigkeiten, so sind diese von einem Schiedsgericht zu entscheiden, das aus drei Mitgliedern des Vereins für die Interessen der Hausangestellten besteht.

Frauenstimmrecht.

Das Frauenwahlrecht vor dem österreichischen Wahlreformanschuß. In dem Ausschuß des österreichischen Reichsrats, welcher die Frage der Wahlreform behandelt, wurde neulich auch über das Frauenwahlrecht debattiert. Der Abgeordnete Choc beantragte, auch den Frauen das allgemeine Wahlrecht zu geben. Der Abgeordnete Gruby dagegen forderte das Wahlrecht nur für den weiblichen Geldbeutel. Er beantragte das Wahlrecht für alle selbständigen Frauen, die ein Einkommen von mindestens 1000 Kronen haben, sowie für alle Frauen, die selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben. Daß der Antrag nur ein Vorrecht für den Besitz schaffen sollte und aus Haß gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für die

Männer geboren war, erwiesen die Ausführungen des Abgeordneten Gruby. Er erklärte, es sei merkwürdig, daß man mit Einführung des allgemeinen Wahlrechtes auf der einen Seite einen bedeutenden Schritt nach vorwärts machen wolle, während auf der anderen Seite das Wahlrecht jenen Frauen entzogen werde, die es bisher in den Reichsrat, in den Landtag sowie in die Gemeindeverwaltung besessen hätten. Unsere Leserinnen wissen, daß das Großgrundbesitzerinnen beziehungsweise bestimmte Steuerzahlerinnen sind. Daß das Wahlrecht den Millionen proletarischer Frauen gebührt, die sich als Arbeiterinnen und Mütter um Gesellschaft und Staat verdient machen, dafür fehlte dem Vorkämpfer der bestehenden Frauen das Verständnis. An reaktionärer Gesinnung wurde der Herr noch durch den Abgeordneten Kaiser übertrumpft. Er wollte nur Frauen das Wahlrecht zubilligen, die ein Gewerbe betreiben oder einem landwirtschaftlichen Grundbesitz vorstehen. Genosse Dr. Adler vertrat diesen reaktionären Vorkämpfer gegenüber die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechtes. Er sagte, in der Frage des Frauenwahlrechtes stehe die Partei auf dem prinzipiellen Standpunkt, daß der Frau unbedingt das gleiche politische Wahlrecht wie dem Manne gebührt. Er gebe sich aber keiner Täuschung darüber hin, daß der Antrag, das Wahlrecht auf die Frauen auszudehnen, hier sehr wenige Stimmen finden würde, und daß es aussichtslos wäre, dafür heute einen prinzipiellen Kampf zu führen. Selbstverständlich werde er für den Antrag Choc stimmen. Merkwürdig angemutet habe aber der Antrag Gruby und insbesondere seine Ergänzung und Begründung durch den Abgeordneten Kaiser. Man habe sehr viel zarte Empfindung dafür, daß einer sehr kleinen Anzahl von Frauen ein sehr verdünntes Wahlrecht heute zukommt, das ihnen genommen werden soll, und jenes Vorrecht wolle man jenen Frauen konfiszieren. Man vergesse aber an die Hunderttausende von Frauen, welche selbständig erwerbende Arbeiterinnen sind, zu denken. Die gestellten Anträge haben mehr den Anschein einer freisinnigen Auffassung, als daß sie eine solche wirklich betätigen.

Die jährliche Demonstration des holländischen Proletariats für das allgemeine Wahlrecht hat am 16. September in Amsterdam stattgefunden. Die Demonstration ist die größte politische Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht, die Holland je gesehen, und hat einen tiefen Eindruck hinterlassen. Aus allen Teilen der Provinz waren Teilnehmer erschienen. Mehr als 700 Vereine hatten Abgeordnete entsandt, die — 1100 an der Zahl — insgesamt 60 000 Arbeiter vertraten. Nachmittags 1 Uhr fand auf dem in größerer Entfernung von Amsterdam liegenden Terrain „Dud Rosenburgh“ ein Meeting statt, dem 15 000 Personen beiwohnten. Über die Bedeutung des Tages sprachen die Genossen von Zutphen, Spielmann, Bergmeyer, Gorter, Tylof, Gerhard, Troelstra, Mendels, van Hinte, Eichelsheim, Genossin Roland-Holst sowie die Frauenrechtlerin Frau Hayes, welche besonderen Nachdruck auf die Forderung des Frauenwahlrechtes legte. Nach Beendigung des Meetings, welches trotz eines Regenschauers großartig verlief, veranstalteten die Demonstranten unter klingendem Spiele einen Umzug durch Amsterdam, an dem unter anderen 65 Vertreter der Verbände der Marinesoldaten und -matrosen in Uniform teilnahmen. Der Zug, in welchem über 400 Fahnen und Banner mit Aufschriften getragen wurden, wurde auf seinem Wege von Tausenden begrüßt.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen:

Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung.

Von Räte Duncker.

Herausgegeben von der Redaktion der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

In einer kurzen historischen Einleitung bespricht die Verfasserin die Kinderarbeit als Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und anschließend daran die Kinder-schutzgesetzgebung in Deutschland bis 1891, die Erhebungen von 1898 und endlich das Kinderschutzgesetz von 1903. In einem Schlußkapitel wird der bisherige Erfolg des Kinderschutzgesetzes beurteilt und ein vortrefflicher Ausblick auf Kinderarbeit und Kindererziehung, wie beides sein sollte, gegeben. — Im Anhang findet die Leserin das Gesetz selbst und ein Verzeichnis derjenigen Werkstätten, in deren Betrieb Kinder nicht beschäftigt werden dürfen. Schließlich ist auch die Bekanntmachung hinzugefügt betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren.

Das Büchlein sollte in keinem Arbeiterhaushalt fehlen; jede Mutter muß Kenntnis haben von dem derzeitigen Stand der Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland, damit sie der Ausbeutung ihrer eigenen Kinder zielbewußt entgegenzutreten, sie mildern und womöglich hindern kann.

Der Preis der Broschüre ist auf 40 Pf. festgesetzt.

Für die Abonnenten der „Gleichheit“, die sich zum gemeinsamen Bezug vereinigen, ist ein wesentlich niedrigerer Einkaufspreis festgesetzt.

Bestellungen nehmen entgegen alle Vertrauenspersonen, Ottilie Baader, Berlin S 53, Blücher-Straße 49, Hof II und die Expedition der „Gleichheit“ in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Ein Mann, den Gott liebt.

Von Ludwig Anzengruber.

Florian Traidmann hieß das kleine, schwächliche Bäuerlein, das so flink auf den Wegen dahinschuffelte, wie einst vor Jahren, aber nimmer so gerade, denn das Alter hatte ihm nach und nach mit schwerer Hand den Rücken ganz vornüber gedrückt; dabei geschah es auch, daß es ihm über seinen dunkelbraunen, wirren Schopf strich und alle Haare wegsetzte, bis auf einen dünnen Kranz, der um den Hinterkopf herum von einer Schläfe zur anderen lief; durch seinen spizen Schädel bekam sein Gesicht das Ansehen eines Eies, das mit dem breiten Ende nach unten stand; über dem herben Kinn und zwischen den beiden mächtigen, ganz gefräsig und zermalmig aussehenden Kinnladen befand sich das große wulstlippige Maul, ober dem die kurze, plattgedrückte Nase und beidseitig an deren Wurzel blinzten zwei Grauglänen ohne Wimpern, doch fast ganz von den buschigen Brauen verdeckt.

Der Alte kannte keinen anderen Gruß als „Gelobt sei Jesus Christus“; Beicht-, Bitt- und Kirchgänge, sowie das „Kirchfärten“ schienen ihm gleichermaßen zur Leidenschaft wie zum Bedürfnis geworden zu sein, und das nicht erst in seinen alten Tagen. Leute, die mit ihm alterten, besannen sich gar wohl, daß der Traidmann-Florl eine wilde Bubenzzeit verbrachte. Daß man ihn damals durchaus nicht in dem „Stande der Gnade“ befindlich erachtete, erhellt wohl deutlich genug aus dem Umstand, daß man ihn verdächtigte, einem Burschen, der ihm zuerst bei einer Dirne, dann bei einer Bäuerin „ins Gäu gegangen war“, auf einer Kirchtagrauferei das Messer in den Leib gerannt zu haben. Der Verletzte starb, ohne das Verwundtsein zu erlangen, und gegen den mutmaßlichen Täter fehlte jeder Beweis.

Des Traidmann-Florl Ein- und Umkehr erfolgte erst, als er selbständig wurde. Von seinem Vater, der ein großer Scharrer und Sparrer war, erbt er allerdings nur ein kleines Anwesen, aber eine große Anzahl von Schuldscheinen; der Mann half als guter Christ allen und jedem im Orte, wenn auch zu unchristlichen Prozenten. Hatte es den Traidmann-Florl, als er sich zum Militär abstellen sollte, schon einigermaßen stutzig gemacht, daß Engbrüstigkeit und Plattfüße eine Gabe und Gnade von Gott seien, um wieviel mehr mußte er befangen werden, nachdem er sein eigener Herr geworden, als Mißjahre eintraten; Mißjahre, die bei seinem geringen Besitzstand keinen Ausschlag gaben, aber seine Schulden so gründlich ruinierten, daß er deren Grund und Boden billig an sich bringen konnte; kaum aber hatte er die fremden Äcker und Wiesen im Besitz, so kamen die ergiebigsten Zeiten, und er hatte drei- und vierfachen Gewinn. Als reicher Bauer heiratete er eine reiche Bauerndirne, und nach zweijähriger Ehe, nachdem ihm ein Kind geboren ward, kam die Cholera ins Land; nicht ihn nahm die Epidemie hinweg, sondern sein Weib; nach der Mutter erbt das Kind, und ein Jahr danach starb auch dieses, und nach dem Kinde erbt er das ganze Besitztum; das war ja doch lauter Gnade von Gott, denn wie leicht wäre es diesem gefallen, ihn sterben zu lassen; von da an wurde der Traidmann-Florl nachdenklich; er fühlte sich als den Mann, den Gott liebt, und sich demnach verpflichtet, Gott auch alles, was möglich, zu Gefallen zu tun, daher kennt er keinen anderen Gruß, als „Gelobt sei Jesus Christus“, und darum fehlt er bei keinem Kirchgang, läuft bei allen Bittgängen, möge es sich um Sonnenschein oder Regen handeln, mit, und geht alle Ostern zur Beichte, und ist an der Kirchthür die Aufforderung zu einer Wallfahrt angeschlagen, so schließt er sich derselben an.

Daß ihn Gott vor vielen anderen bevorzuge, galt dem Traidmann-Florl für ausgemacht, und er war nicht der Mann, über so ausgemachte Dinge zu grübeln und etwa der Veranlassung nachzufragen, welche er dafür gegeben oder Gott dazu genommen habe, daß sich ein derart erfreuliches Verhältnis zwischen ihnen beiden entspanne; es genügte ihm die Tatsache, daß ihn Gott gern hatte und es nie an ersichtlichen Beweisen daran hatte fehlen lassen. Als er damals vom Notar mit den Papieren zurückkehrte, die ihm das Erbe seines verstorbenen Kindes einantworteten, hatte er, wie bereits bemerkt, seine nachdenkliche Stunde; da war er, wie er sich ausdrückte, Saul auf dem Wege nach Damaskus, denn an biblischer Sprechweise und Spruchanwendung fand er großes Behagen.

Ihrer neun lebende Kinder waren im Hause seiner Eltern gewesen, keinem außer ihm gönnte der liebe Gott das Dasein, alle verstarben, er allein blieb aufbehalten, zu verzehren, was die Alten zusammengerafft und erwuchert; frei ging er vom Militärdienst aus; nicht ihm, sondern dem Preisler-Franzl war es bestimmt, bei der Kirchtagrauferei die Messerlinge in den Leib zu kriegen, und die Mißjahre, durch welche Gott mit dem Stabe „Wehe“ die anderen züchtigte, waren für ihn der Stab „Sanft“, mit dem er zur hellen Quelle des Reichthums

geleitet wurde, damit er sich dort in vollen Flügen tränke, und dann bekam er die reichste Bauerntochter im Dorfe zum Weibe, und nach zwei Jahren, eben als es allmählich den Anschein gewann, als hätte er sich mit dieser seiner Bäuerin selbst eine Rute auf den Rücken gebunden, brach die böse Seuche aus, die in jedem Hause zusprach, und nahm ihm die Marie-Dief' hinweg, doch nicht, ohne daß diese gerade zuvor in die Wochen gekommen war und ein Kind hinterlassen hatte, so daß ihm der qualvolle Wunsch erspart blieb, sie erhalten zu wollen, um ihr Heimgebrachtes nicht zu verlieren; er konnte sie verlieren und dieses behalten, ja, es blieb ihm bald ganz zu freier Verfügung, als das Kind kurz darauf seiner Mutter in den Tod folgte. Betrachtete er, wie sich alles immer und rechtzeitig, und stets zu seinem Besten geschick und gefügt hatte, so mußte er das Einsehen gewinnen, daß Gott ihn gern habe, und danach sich auch gegen Gott verhalten; er betrachtete diesen als seinen himmlischen Vater und hielt es mit ihm, wie alle braven Söhne es mit ihren irdischen Vätern zu halten pflegen, er erwies ihm alle gebotene Aufmerksamkeit, und was denselben etwa zu ärgern vermocht hätte, das tat er ihm nicht unter den Augen, und was nicht zu verheimlichen angehen wollte, das jähnte er durch nachträgliche Zerknirschung und laut kundgegebene Reue.

Er war nicht lange Witwer geblieben, denn er fühlte sich nicht stark genug, dem Saul über Damaskus hinaus als ein anderer Paulus zu folgen und ehelos zu bleiben, und da für diesen Fall der Apostel selbst den Schwachen zur Ehe rät, so war Traidmann der letzte, der solchen guten Rat zurückgewiesen hätte. Er heiratete also zum zweitenmal, „zur Buß' seiner Sünden“, wie er sagte, die Leute meinten aber, er fasse das gar sehr vom umgekehrten Ende an; die neue Traidmannin war ein bildsauberes Geschöpf, zwar blutarm, aber dafür ganz unverkünstigt unterwürfig, und sie war es eigentlich, die alle ihre Sünden in solchem Ehestand mit dem rechtshaberischen alten Gotteslieblich abhüfte, während er es wohl zufrieden sein konnte, nach der Reichsten nun auch die Schönste im Dorfe zu eigen zu haben, die noch dazu auf den Wink ging und auf den Pfiff kam. Die Kinder, welche sie zur Welt brachte, arteten leiblich und geistig nach ihr, und der Traidmann mußte sich seiner Häuslichkeit mit Recht berühmen.

Der unsaubere, höckerige Alte, der jetzt auf den Wegen einherzuschuffelt, mit Gebetbuch und Rosenkranz als steten Begleiter, ist in seinem Hause der Gegenstand der Pflege und Sorge von seiten einer fast fürchtenden Gattin und ein paar gutmütiger, braver Burschen und Dirnen. Diese fünf lassen ihm alles gerade sein.

Dem Alten ist es daher nicht schwer gefallen, bei der Überzeugung zu beharren, daß ihm von Geburt an Gott gut gewesen sei und auch bis zum Ende bleiben werde, und die Frist bis zu diesem Ende wünschte er immer nur um „so a zwanz'g Jahrl'n halt noch“ verlängert; das äußerte er an seinem fünfzigsten und sechzigsten Geburtstag, er wird es demnächst an seinem siebzigsten tun und am achtzigsten, wenn er ihn erlebt, nicht unterlassen; denn das Ende ist seiner Anschauung nach wirklich das Ende und kann daher nicht leicht für lange genug hinausgeschoben werden.

Wenn er in allen anderen Punkten der ganz untertänigste und gläubigste Diener des Herrn Pfarrers ist, in dieser Beziehung hat er seine eigene Meinung, und wenn er ihr auch nur durch Kopfschütteln und Achselzucken Ausdruck gibt. Er läßt sich von einem anderen Leben viertelstundenlang vorreden, ohne eine Miene zu verziehen, dann aber, am Schlusse der Rede des Hochwürdigen, reißt er die Rechte mit einer ganz unnachahmlichen Gebärde von sich, als wäre sie der ausgereichte Arm eines verfallenen Wegweisers, der ins Blaue weist, und dabei sieht der alte Sünder selber wie der fleischgewordene Zweifel aus.

Was hat es sich der gute Seelenhirte für Zeit und Mühe kosten lassen, bei diesem sonst so gefügigen Stücke seiner Herde den Unglauben an ein Hauptstück christlicher Lehre zu bekämpfen. Es hat nichts gefruchtet. Einmal sagte er den alten Traidmann, dessen dankbare Empfindungen gegen den himmlischen Wohltäter nicht zu bestreiten waren, bei der Gefühlsseite an, und fragte ihn, ob er denn nicht das Verlangen verspüre, seinen göttigen überirdischen Vater von Angesicht zu Angesicht zu sehen?

„Dös schon“, meinte der Fromme, „wann's leicht sein kunn' und möglich war, daß mer dabei mit ihm alloan sein tät' und bleib'n möcht'! Aber so kam ja all das Menschweri (Menschenwert), mit dem mer im Leb'n z' tun g'habt hat, a dazua, und ich mag loan solch's begegnen, ich!“

Was ihm ein solches Begegnen unangenehm machen konnte, oder was es ihn fürchten ließ, darüber sprach er sich nicht aus; da er aber doch nicht vermessen genug war, zu hoffen, Gott werde in einer Ewigkeit unter drei Augen — Got hat nur eines, wie man oft ausgemalt sieht — den Himmel mit ihm teilen, so schloß er den

letzteren, um unliebsamen Begegnungen auszuweichen, einfach zu, steckte den Schlüssel ein und verlor ihn aus der Tasche.

Einmal hätte er sich nahezu einem fabulierenden Freigeist gefangen gegeben, der sehr einleuchtend davon zu reden wußte, daß die Seelen der Verstorbenen auf den Sternen sich ansiedelten und daher eine Gefahr des Wiederfindens ziemlich ausgeschlossen erscheine, aber der kluge Traidmann erklärte bald, daß er auch davon nichts wissen wolle, „denn was möcht' mer denn a af so oan Stern onfonga, worauf mer sich doch gar loan loan bissel auskemma kinna kunn'?“

So blieb er denn auf seinem Wunsche bestehen, „so a zwanz'g Jahrl'n halt noch“, und wird darauf bestehen bleiben, und wenn er hundert alt würde; das ist auch gar nicht so unbescheiden für einen Mann, den Gott gern hat, wofür ja auch diesem der Traidmann, soviel nur möglich, zu Gefallen legt und oft genug vor dem Pfarrer erklärt: „Er wär' sein' Tag' mit loan'm Menschen lieber umgangen, als mit 'm lieben Herrgott'u, und der wär' völlig ihm gleich, wie er selber!“

Phantasia.*

Von Arno Holz.

Die Nacht verrinnt, der Morgen dämmert,
Vom Hof her poltert die Fabrik
Und walt und stampft und pocht und hämmert,
Ein hirnzerarterndes Sequit!
Die Nacht verrinnt, der Traumgott ruht nun,
Die Welt geht wieder ihren Lauf,
Zum Himmel spricht der Tag sein Blut nun,
Die Nacht verrinnt und seufzend tut nun
Das Elend seine Augen auf.

Die Schläfen zittern mir und zucken,
Denk' ich, o Volk, an deine Not,
Wie du dich winden mußt und ducken,
Dich ducken um ein Stückchen Brot!
Du wälst vertiert dich in der Gasse
Und haust dir selbst dein Blutgerüst,
Zndes in goldener Karosse
Vor seinem sandsteingelben Schlosse
Der Dandy seine Dirne läßt!

Die Ritter von der engen Taille,
Das sind die schlimmsten aus dem Chor,
Sie schimpfen hündisch dich „Kanaille“!
Und haun dich schamlos über's Ohr.
Was kümmert sie's, wenn Millionen
Verreckt sind hinterm Hungerzaun?
Noch gibt's ja lachende Dublonen,
Kasernen, Kirchen und Kanonen,
Und köstlich mündet ein Kapau!

O sprich, wie lang noch soll es dauern,
Das alte Reich der Barbarei!
Noch stützen tausend dunkle Mauern
Die feste Burg der Tyrannei.
Doch ach, dein Herz ward zur Ruine,
Du lächelst nur und nickst dazu!
Denn auch der Mensch wird zur Maschine,
Wenn er mit hungerbleicher Miene
Das alte Tretrad schwingt wie du!

„O laßt mir meine Himmelsleiter!
Und fragt mich nicht: Woher — wohin?
Nur weiter, weiter, immer weiter . . .
Ihr wißt ja doch nicht, wer ich bin!
Ich bin ein Adler und ich fliege,
Die Ewigkeit ist mein Gewand,
Das Herz der Welt ist meine Wiege,
Die Menschheit ist mein Vaterland!“

Noch grub kein leuchtender Gedanke
Sich tief in eines Denkers Stirn,
Der nicht schon, stolz auf seine Schranke,
Gelobert hier durch dies Gehirn!
Ich bin ein Adler und ich fliege,
Die Ewigkeit ist mein Gewand,
Das Herz der Welt ist meine Wiege,
Die Menschheit ist mein Vaterland!“

Die Länder mein und mein die Meere,
So weit die Sonne sie bescheint,
Und ich bin's, dem die Bajadere
Im Tanz noch blut'ge Tränen weint.
Ich bin ein Adler und ich fliege,
Die Ewigkeit ist mein Gewand,
Das Herz der Welt ist meine Wiege,
Die Menschheit ist mein Vaterland!“

Wohl fraß die Zeit mit ihren Zähnen
Schon manchen goldnen Heil'genschein,
Ich aber schüttle meine Mähnen
Und war und bin und werde sein.
Ich bin ein Adler und ich fliege,
Die Ewigkeit ist mein Gewand,
Das Herz der Welt ist meine Wiege,
Die Menschheit ist mein Vaterland!“

* Aus „Buch der Freiheit“. Gesammelt und herausgegeben von Karl Dendel. Berlin 1893, Verlag „Vorwärts“.

Verantwortlich für die Redaktion: Fr. Maria Jettin (Bundel), W. Helmschöfer, Post-Degetloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.